

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
J. B.: C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4106/4105



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung halbjährlich 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Nov. 1930

Zierden des Dritten Reichs.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. In Berlin ist es auf dem Vorhof des Universitätsgebäudes und in dem Hause der Gelehrsamkeit selbst zu blutigen Prügeleien gekommen, wie sie bisher nur von Wien bekannt waren.

Nationalistische Studenten unter Führung von Hitler-Anbetern haben sozialdemokratische Mitstudierende körperlich attackiert, eine Studentin, die ihnen zu jüdisch aussah, geschlagen, zu Boden gerissen und dann mit Füßen getreten. Der teutsche Heldenmut dieser Edelinges tobte sich an einer Frau aus, die das Pech hat, mit ihnen von der gleichen Alma mater geistige Speise zu erwarten. Der Rektor der Universität, der Theologe Deissmann, hat vergeblich versucht, die randalierenden Rassenjünglinge in die Hörsäle zu dirigieren. Sie fühlten sich, wahrscheinlich in Erinnerung an die Gedenkfeier für Langemack, als Retter der Nation und mussten auf der Strasse wie im Vorgarten der Universität durch die Polizei zur Raison gebracht werden. Sieben von ihnen wurden vorläufig "zwangsgestellt", um den polizeitechnischen Ausdruck hier einmal anzuwenden.

Die Ursache des Tumults war die Tatsache, dass die Sozialistische Studentenschaft Flugblätter verbreitete, in denen sie auf die Absicht der Nazi-Akademiker aufmerksam machte, in der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Sorgen einen akademischen Ball zu horrenden Eintrittspreisen zu veranstalten. Ein solcher Hinweis auf die demagogische Propaganda der Hitlerbewegung und, im Vergleich dazu, auf die bourgeoise Praxis ihrer Anhänger hatte es den akademischen Anbetern des dritten Reiches angetan. Da sie auf dem Universitätsgelände noch die Mehrheit zu haben glauben, griffen sie zum Knüttelkomment, indem sie tapfer auf die Minderheit einschlugen und besonders die Frauen nicht verschonten.

Das Ganze scheint eine Episode zu sein in der grossen Auseinandersetzung, die unsere Zeit nun einmal erfordert. Aber es hat sicher eine tiefer und weiter gehende Bedeutung, wenn man sie im Rahmen der besonderen Entwicklung des akademischen Nachwuchses betrachtet. Aus jahrhundertealter Ueberlieferung nimmt die akademische Jugend für sich das Recht in Anspruch, ihre besondere "Freiheit" zu geniessen. In den gleichen Lebensjahren, die die Arbeiterjugend längst an Schraubstock und Hobelbank, an die glutheissen Kessel oder den Pflug fesseln, pflegten die Söhne des aufstrebenden Bürgertums ihren freiheitlichen Bummel mit akademisch-alkoholischer Begeisterung. Wussten sie doch, dass ihnen später als den "Führern des Volkes" alle Würden und Ämter offen standen, die das Klassen- und Privilegiensystem den "Gebildeten" vorbehielt.

Die Demokratie hat mit vielem aufgeräumt, auch mit dem absoluten Vorrecht der akademischen Formalbildung. Heute sieht sich die bürgerliche Jugend plötzlich in ihrer sicheren Zukunft bedroht, sie muss mit Schauern sehen, dass "gewöhnliche" Volksschüler und Handwerker zu Ämtern im Volke kommen, die doch eigentlich ihr vorbehalten sein sollten. Mehr noch: Proletarierkinder kommen nach Selbststudium und Arbeiterkurse in die Möglichkeit, selbst als Studenten

in die Kreise des früheren Vorrechts einzudringen.

So ist der akademische Radikalismus und Nationalismus heute im tiefsten Grunde ein Versuch, die gesicherten Rechte und Vorrechte der aristokratischen Klassenteilung früherer Zeiten so oder so wieder herbeizuschaffen. Jeder, der von Demokratie, Republik oder gar von Sozialismus als der Lehre des gesellschaftlichen Menschentums spricht, ist ihnen ein Greuel. Während sie selber auf der Strasse und in den Hochschulen für ihren Nationalismus - mag er hitlerisch oder wie immer verbrämt sein - die lärmendste Reklame treiben, fühlen sie sich in ihrem Tiefsten getroffen, wenn andere etwas Ähnliches tun.

Diese prügelnden, lärmenden und dabei empfindlichen Schüler der Gelehrsamkeit fühlen sich heute noch als Vorkämpfer eines nebelhaften "Dritten Reiches", das ihren Berufsidealen wieder Erfüllung bringen soll. Morgen schon, so hoffen sie, werden sie im Staate ihrer Sehnsucht die "Führer der Nation" sein dürfen, als Richter, als Staatsanwälte, als Industriedirektoren mit unbeschränkter Vollmacht, vielleicht gar als Zuchthausdirektoren faschistischer Prägung. Es ist selbstverständlich, dass diese Hoffnungen nicht sämtlich in Erfüllung gehen. Aber die Möglichkeit besteht, dass ein grosser Teil von ihnen rechtzeitig Anschluss sucht, um innerhalb der demokratischen Republik Anstellung als "Führer" zu erhalten, sei es auf der Schule, sei es bei Gericht oder in welchem Amt und Ämtchen immer. Der Amtsrichter Franzen in Kiel, der seine nationalsozialistische Gesinnung amtlich abmeldete solange, bis er auf der Reichstagsliste der Nazis sicher untergebracht und dadurch vor disziplinarischen Folgen gesichert war, ist ein leuchtend Beispiel für die Art, wie grundsätzlich Gegner der Staatsform die Toleranz dieses Staates missbrauchen. Diese staatliche Toleranz gegen akademische Raufbolde - mit und ohne Hakenkreuz - schädigt den Staat der Gegenwart und die Zukunft des Staates selbst.

Die Prügel-Episode in Berlin wirft deshalb brennend die Frage auf, ob die demokratische Republik sich von den Bourgeois-Söhnchen Fusstritte versetzen lassen muss, für deren Ausbildung sie Jahr für Jahr das vielfache dessen an öffentlichen Mitteln aufwendet, das für die Bildung der Arbeiterkinder übrig ist. Aber die Vorfälle zeigen auch der sozialistischen Arbeiterschaft aufs Deutlichste, wie notwendig ihr Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Studenten ist, den jugendlichen Mitkämpfern für die Ideale einer neuen Welt, die keine wirtschaftliche Not und keinen geistigen Zwang mehr kennt, für die demokratisch-sozialistische Republik der Zukunft!

SPD. Rom, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die ständige und gefährliche Beunruhigung an der italienisch-jugoslawischen Grenze wurde durch einen neuen Fall gesteigert. Heute nacht wurde die italienische Schule in Plezzo in Brand gesteckt. Auch darin wird eines der häufigen Attentate gegen die Sicherheit Italiens erblickt, ein politisches Verbrechen, das wieder den serbischen Nationalistenvereinigungen zur Last gelegt wird. Mit ungeheurer Bitterkeit wird in der Presse darauf hingewiesen, dass man gerade am Tag zuvor, bei der Feier des Waffenstillstands, in Belgrad ein Denkmal der Dankbarkeit für den Verbündeten Frankreich enthüllt habe, gleichzeitig aber mit dunkeln Attentaten Italien gegenüber fortfährt, das einst das verhungerte und zerlumpete Heer Serbiens auf seinen eigenen Schiffen vor dem völligen Niedergang gerettet habe.

SPD. Rom, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Präsidenten der faschistischen Verbandsorganisationen der Landwirtschaft, der Industrie und der Freien Berufe haben ihr Amt niedergelegt. Drei Abgeordnete wurden zu ausserordentlichen Kommissaren der genannten Verbände bestellt.

SPD. Neben dem Gehaltskürzungsgesetz sieht das Regierungsprogramm einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung vor. Dieser Gesetzentwurf, der zurzeit vom Reichsrat beraten wird, umfasst drei Teile: 1. die Gehaltskürzung bei Ländern und Gemeinden usw., 2. die Vereinheitlichung der Besoldung und 3. die Unterbringung der Versorgungsanwärter.

Im ersten Teil verpflichtet der Gesetzentwurf Länder und Gemeinden, Reichsbahn und Reichsbank bei ihren Beamten vom 1. April 1931 ab dieselbe 6%ige Gehaltskürzung durchzuführen, die im Reich auf Grund des Gehaltskürzungsgesetzes erfolgen soll. Ähnlich wie im Reich sollen auch die Bezüge der Minister in den Ländern, der Landtagsabgeordneten, Stadtverordneten usw. um 6 bis 20 Prozent vermindert werden. Um die Durchführung dieser Vorschriften zu beschleunigen, sollen die Länder das Recht erhalten, die erforderlichen Massnahmen für die Landes- und Gemeindebeamten im Wege der Verordnung zu treffen.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs umfasst Bestimmungen, die die Angleichung der Besoldungsvorschriften in Ländern und Gemeinden an die des Reichs bezwecken. Damit wird das Besoldungssperrgesetz von 1920, das Ende 1926 ausser Kraft getreten ist, in veränderter Form wieder aufleben. Die Länder sollen dafür sorgen, dass ihre eigenen Beamten und vor allem die Beamten der Gemeinden finanziell nicht besser gestellt werden als die Reichsbeamten der entsprechenden Gruppen. Der Reichsfinanzminister soll berechtigt sein, sich durch Stichproben von der Durchführung dieses Grundsatzes zu überzeugen und erforderlichenfalls Einspruch gegen eine Besoldungsordnung zu erheben. Ueber diesen Einspruch entscheidet - ähnlich wie unter dem Besoldungssperrgesetz von 1920 - ein Reichsschiedsgericht, das beim Reichsgericht gebildet wird.

In einem dritten Abschnitt sieht der Gesetzentwurf schliesslich eine Reihe von Massnahmen vor, die die Unterbringung der Versorgungsanwärter aus der Reichswehr und der Polizei in Beamtenstellen der Länder, Gemeinden und Betriebsverwaltungen erleichtern sollen. Zu diesem Zweck wird bis zum 31. März 1935 eine Stellensperre für Zivilanwärter gefordert. Die Uebernahme der Militäranwärter hat grosse finanzielle Bedeutung, denn die zurzeit nicht untergebrachten 35 000 Anwärter belasten das Reich mit jährlich 40 Millionen für die Zahlung der Uebergangsgebühren. Das Reich beabsichtigt, für seine eigenen Verwaltungen dieselben Vorschriften jeweils in die Reichshaushaltsgesetze aufzunehmen.

Da der Gesetzentwurf zum Teil in wohlerworbene Rechte der Beamten eingreift die nach der Verfassung geschützt sind, ist er auch nach Meinung der Reichsregierung verfassungsändernd.

Das Hauptstück dieses Gesetzentwurfs ist der Versuch, in Reich, Ländern und Gemeinden einheitliche Besoldungsgrundsätze durchzuführen. Die Begründung verweist darauf, wie sowohl nach dem Erlass des Reichsbesoldungsgesetzes von 1920 als auch von 1927 Länder und Gemeinden bei ihren Besoldungsneuordnungen wesentlich über die Sätze des Reichs hinausgegangen sind. Da sich die Festsetzung der Beamtengehälter auf Grund der verschiedenen Besoldungsordnungen immer mehr zu einer Geheimwissenschaft entwickelt hat, ist die Öffentlichkeit sehr schwer in der Lage, sich über die wirklichen Verhältnisse ein zutreffendes Bild zu machen.

Die Begründung bringt aber einige Beispiele dafür, in welchem Umfange Länder und Gemeinden in vielen Fällen ihr Beamten günstiger gestellt haben als die Reichsbeamten. Ein Stadtassistent erhält z.B. 700 M mehr, ein Stadtsekretär 900 M mehr als der entsprechende Reichsbeamte. Der Gemeindevorsteher einer Landgemeinde von noch nicht 1000 Einwohnern bezieht das Gehalt eines Oberregierungsrats. Der Landeshauptmann einer preussischen Provinz erhält 2000 Mark mehr als der Oberpräsident. Dazu kommen Vergünstigungen bei den Beförderungen, bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters, bei den Ruhegehältern, Dienstaufwandsentschädigungen usw. usw.

Das Bild, das die Begründung von diesen Zuständen entwirft, ist für den

Sachkenner nicht überraschend. Die Sozialdemokratie hat seit jeher auf dem Standpunkt gestanden, dass eine unterschiedliche Behandlung zwischen Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten höchst unerwünscht ist. Dieses Messen mit zweierlei Mass schafft Misstimung bei den Benachteiligten, verstärkt das Drängen nach Besoldungsverbesserungen und erschwert die Verwaltungsreform. Deshalb hat die Sozialdemokratie auch in ihren Richtlinien vom 23. Juli 1930 die Forderung aufgestellt, dass die Gehaltsordnungen der Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts die Gehaltssätze der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigen dürfen.

SPD. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Bestrebungen zur Senkung der wichtigsten Lebensmittelpreise straffer zusammenzufassen. Das soll durch einen Ausschuss geschehen, dessen Vorsitz der Reichskanzler Dr. Brüning selbst führt. Dem Ausschuss gehören der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der Reichsfinanzminister Dietrich, der Reichswirtschaftsminister Trendelenburg und der Reichsernährungsminister Schiele an. Hinzugezogen sind ferner der preussische Handelsminister Dr. Schreiber und der Reichsbankpräsident Dr. Luther

+
Die Durchsetzung des Preisabbaus, den die Reichsregierung auch bei den Bedürfnissen des täglichen Lebens beabsichtigt, erweist sich als schwieriger als die Regierung angenommen hatte. Bezeichnend dafür sind die Vorgänge in Berlin, wo die Regierung zuerst verkündete, dass eine erhebliche Herabsetzung der Brot- und der Fleischpreise mit den Interessenten vereinbart sei, was diese jedoch bestritten. Aber auch wenn die ursprünglich von der Regierung angekündigten Preisermässigungen für Brot, Fleisch und Milch in vollem Ausmasse durchgeführt werden, so wird davon doch nur eine Teilwirkung auf die Lebenshaltungskosten ausgehen können. Was in Berlin begonnen wurde, muss erst im ganzen Reich durchgesetzt werden. Preissenkung für einzelne Lebensmittel sind zwar gut und schön, aber erst eine Senkung aller Preise für den Lebensbedarf wird für den Konsumenten eine fühlbare Erleichterung bringen. Von diesem Ziel sind wir vorläufig noch sehr weit entfernt.

Das Reichskabinett hat nun einen kleinen Ausschuss eingesetzt - Preissenkungs-Direktorium -, der die begonnene Aktion mit grösserem Nachdruck und einheitlicher als bisher fortsetzen soll. Man will in erster Linie die Preisspanne des Handels, durch die die Waren auf ihrem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher wesentlich verteuert werden, vermindern. Man denkt ausserdem an eine Senkung der Tarife bei Reichsbahn und Post und macht auch den Versuch, die Gebühren für Gas und Elektrizität mindestens in dem Ausmass der Kohlenverbilligung durchzusetzen. Das ist zwar richtig, dennoch muss man bezweifeln, ob durch diese Massnahmen allein die Preissenkung so rasch und so wirksam erfolgen kann, dass sie einen Ausgleich für den Lohnabbau darstellt. Diese Massnahmen beseitigen nicht die Ueberhöhung der Preise, die durch Zölle und Kartelle erfolgen. Eine wirk-same Preissenkung wird daher erst eintreten, wenn die verfehlte Zoll- und Kartellpolitik geändert wird, die die Preise in Deutschland über den Stand der Weltmarktpreise hinaushebt.

Die Möglichkeit für eine Preissenkung besteht also, es handelt sich in- folgedessen in erster Linie darum, von ihr Gebrauch zu machen und dafür zu sor- gen, dass die Preisermässigung auch den letzten Verbrauchern zugute kommt. In dieser Beziehung ist die Lage gegenwärtig anders als im Jahre 1925, als Luther den Preisabbau durchzusetzen versuchte. Damals befanden wir uns in einer Wirt- schaftskonjunktur, deren Tendenz aufwärts gerichtet war, und in der die Preise wegen der regen Nachfrage stiegen. Gegenwärtig aber drückt die Wirtschafts- krise mit ihrem Stocken des Absatzes die Preise nach unten. Während also 1925 die Preissenkungsaktion den natürlichen Gesetzen des Wirtschaftslebens wider- sprach, wird die jetzige Aktion auf Senkung der Preise durch die wirtschaft- liche Entwicklung unterstützt.

Das gilt aber nicht nur von der Preisentwicklung für deutsche Erzeugnisse, mehr noch von den Erzeugnissen, deren Preis vom Weltmarkt bestimmt wird. Alle wichtigen Rohstoffe weisen seit längerer Zeit dauernd sinkende Preise auf, sodass wichtige Rohstoffe, wie Wolle und Baumwolle, Gummi, Kupfer, Zink, Zinn zum Teil erheblich unter die Vorkriegspreise gesunken sind. Auf die Dauer muss diese Verbilligung der Rohstoffpreise sich auch in den Preisen der Fertigerzeugnisse auswirken.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags, der am Mittwoch zusammengetreten ist, wird sich zunächst mit den Anträgen auf Winterbeihilfe für Erwerbslose und Rentner auf Verbilligung des Frischfleisches, den Anträgen wegen des Grubenunglücks in Alsdorf und der Fürsorge für die Hochwassergeschädigten beschäftigen. Dann erst werden die Anträge zur Aufhebung oder Abänderung der Notverordnung in Angriff genommen werden. Da wegen des Busstages die Sitzungen in der nächsten Woche erst am Donnerstag beginnen, dürfte auch erst an diesem Tage mit der Beratung der Notverordnung begonnen werden.

Zur Vorbereitung dieser Verhandlungen des Haushaltsausschusses haben in den letzten Tagen Besprechungen stattgefunden, die noch fortgesetzt werden. Es handelt sich dabei sowohl um Besprechungen der Sozialpolitiker wegen der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, als auch um Besprechungen der Finanzpolitiker, bei denen vor allen Dingen die Kopfsteuer erörtert wird. Ueber die Aussichten dieser Besprechungen und über ihr Ergebnis lässt sich im Augenblick noch nichts sagen.

SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer wird am Donnerstag nach längerer Feiertagspause die grosse aussenpolitische Debatte wieder fortsetzen. Trotz ihrer ungewöhnlichen Länge hat die Diskussion bisher nur ein sehr dürftiges Ergebnis gehabt. Wie das "Oeuvre" kürzlich ironisch erklärte, hat sie lediglich gezeigt, dass alle Welt mit Briand einig ist, die Linke aus Ueberzeugung, die Mitte aus Vernunft und die Rechte aus "Bosheit" - um nämlich die Linksparteien zu ärgern. Es werden aber noch zwei Interpellanten das Wort ergreifen, der Patriot Marin und der Kommunist Doriot. Auch sie werden sicherlich nicht viel entscheidendes zutage fördern.

Mit umso grösserer Spannung darf man dafür der Rede Briands entgegensehen, der vielleicht schon am Donnerstag abend oder am Freitag mittag das Wort ergreifen soll. Briands Stellung ist nach dem Misserfolg der reaktionären Angriffe gegen seine Politik nur stärker geworden. Er wird also nicht wieder, wie bei seiner letzten Rede in Genf, innerpolitische Rücksichten zu nehmen haben. Sicherlich wird auch er nicht mit Sensationen aufwarten, dagegen wird man von seiner Rede erwarten dürfen, dass sie zur Beruhigung und Entspannung der internationalen Situation das ihre beitragen wird.

Die Interpellationsredner, die bisher das Wort ergriffen haben, haben sich fast ausschliesslich mit den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland befasst. Die Spannung mit Italien hat auffallender Weise keiner von ihnen auch nur mit einem Wort erwähnt. Zur Vorbereitung seiner Erklärungen hat Briand am vergangenen Montag den deutschen Votschafter zu sich berufen, um sich von ihm über die politische Lage in Deutschland und die aussenpolitischen Ziele und Absichten der Reichsregierung Bericht erstatten zu lassen. Man wird also gerade in Deutschland den Erklärungen Briands mit doppeltem Interesse entgegensehen dürfen.

In der allgemeinen Aussprache, die den Ausführungen Briands folgen wird, werden zunächst die beiden sozialistischen Abgg. Blum und Grumbach das Wort

ergreifen. Auch die Radikalen haben ihre bedeutendsten Redner vorgeschickt, den Führer der Parlamentsfraktion Herriot und den Abg. Cot, der als erster französischer Parlamentarier sich öffentlich mit dem Revisionsproblem zu beschäftigen gewagt hatte. Endlich will auch noch Ministerpräsident Tardieu zu Wort kommen. Die Debatte wird also erst richtig interessant und ergiebig, wenn die nationalistischen Schreier einmal die Bühne geräumt haben.

SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)

In Marseille ist die Polizei am Dienstag einem neuen Passfälscherbüro auf die Spur gekommen. Auf dem Bahnhof wurden drei Italiener verhaftet, die alle falsche Papiere bei sich trugen. Sie gaben an, ihre Pässe bei einem Kneipenwirt gekauft zu haben, der wiederum gestand, mit einem Beamten der Stadtverwaltung in Verbindung gestanden zu haben. Der Beamte endlich, dessen Name noch nicht mitgeteilt wird, soll bei einem ersten Verhör sogar einige Parlamentarier aufs schwerste belastet haben. Es sei daher, so glaubt die Polizei ankündigen zu können, ein riesiger Skandal aus dieser Fälscheraffäre zu erwarten.

SPD. Die Verhandlungen über die Senkung des Kartoffelpreises haben zu der Erklärung des Kartoffelhandels geführt, einen Abbau der Preise vorzunehmen. Der Kartoffelkleinhandel wird in Berlin im allgemeinen für Speisekartoffeln bei Abgabe von 10 Pfund für weisse Kartoffeln 23 Pfennige, für rote und blaue Kartoffeln 25 Pfennige und für gelbe Kartoffeln 30 Pfennige berechnen. Bei zentnerweiser Abgabe wird ein entsprechender Abschlag gewährt.

Bei Bemessung dieser Preise ist von einem durchschnittlichen Erzeugerpreis für Kartoffeln ab märkischer Station von 1,40 bis 1,50 Mark für den Zentner ausgegangen worden. Die durchschnittliche Gesamtbruttohandelsspanne ist bei 10 Pfundweisem Verkauf durch den Kleinhandel gegenüber der im Oktober 1930 berechneten Gesamtspanne um 60 Pfennige für den Zentner ermässigt worden.

Die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser haben ihre Preise für Kartoffel ebenfalls ermässigt.

SPD. Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie teilt mit, dass sie schon mit Wirkung vom 15. November 1930 ab die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Haushaltsgeräte um 5 % senken werde. Dieser Beschluss setze baldige Senkung der Preise der Zulieferanten voraus und sei erfolgt, obwohl der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erst am 19. Januar nächsten Jahres in vollem Ausmass in Kraft trete.

Die Gewinne bei der Elektroindustrie sind derart, dass sie sich die Preissenkung von 5 % schon leisten kann. Die Preissenkung hätte in Hinsicht auf die Gewinne in der Elektroindustrie grösser ausfallen müssen.

Die ausserhalb Berlins liegenden Betriebe der elektrotechnischen Industrie haben sich der Preissenkung der Berliner Industrie angeschlossen "in der Erwartung, dass auch bei ihnen eine Lohnsenkung erfolgen wird".

SPD. Wien, 12. November (Eig. Drahtb.)

Heute am Gedenktag der Republik hat die Arbeiterschaft in ganz Österreich grosse Kundgebungen veranstaltet. Der 12. November ist gesetzlicher Feiertag, infolgedessen wurde in ganz Österreich gefeiert. Die Kundgebung in Wien war noch weit gewaltiger als in früheren Jahren. Von 10 Uhr vormittags bis

1/4 2 Uhr nachmittags zogen die demonstrierenden Arbeiter beim Denkmal der Republik im Parlament vorüber, zum Teil in Zehnerreihen, zum Teil in Zwanzigerreihen. Die Bezirke hatten ihre Musikkapellen, ihre roten Fahnen und Standarten mitgenommen, deren Ueberschriften den Willen der Arbeiterschaft betonten, den Faschismus zu beseitigen und die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft aufrecht zu erhalten. Reden wurden nicht gehalten. Am Denkmal der Republik hatte der Sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand der Wiener Organisation Aufstellung genommen. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer an dem Aufmarsche auf weit über 400 000. Ausserdem umsäumte ein dichtes Spalier den ganzen Weg, den der Aufmarsch nahm. Besonders dicht war das Spalier auf der Ringstrasse. Zu Zwischenfällen ist es während der ganzen Dauer der Demonstration nirgends gekommen.

SPD. Haifa, 12. November (Eig. Drahtb.)

Ein Jerusalemer Blatt berichtet über den Ankauf grosser Flächen petroleumhaltigen Bodens im südpalästinensischen Bezirk Berscheba durch einen Mittelsmann englischer Petroleumgesellschaften. Die Nachricht erregt grosses Aufsehen. Die Stellungnahme Amerikas bei eventuellen Petroleumfunden wird im Hinblick auf die Politik der offenen Tür zu den Mandatsländern mit grosser Spannung erwartet.

SPD. Der Hauptausschuss des Reichstags trat am Mittwoch zusammen, um zu den Anträgen über Gewährung einer Winterbeihilfe, Bereitstellung von Mitteln zur Verbilligung von Frischfleisch anstelle von Gefrierfleisch und auf Aufhebung der Notverordnung Stellung zu nehmen. Auch über die Hilfeleistung für die Hochwassergeschädigten des Oder-Gebiets soll in den nächsten Tagen verhandelt werden.

In dieser ersten Sitzung wurde nur der kommunistische Antrag betreffend die Gewährung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose, Sozialrentner und Kleinrentner behandelt. Ueber die furchtbare Not, die in den Kreisen dieser Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, besonders unter den Erwerbslosen herrscht, bestand keine Meinungsverschiedenheit. Dass mit der einmaligen Beihilfe von 40 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, wie sie die Kommunisten beantragten, nur wenig geholfen würde, das betonten selbst die Antragsteller. In den letzten Jahren ist, um die reguläre Durchführung der Unterstützung nicht zu gefährden, von solchen einmaligen Zuwendungen abgesehen worden. Trotzdem ist die Sozialdemokratie, wie Abgeordneter Biedermann ausführte, in Rücksicht auf die verschärfte Notlage bereit, dem Antrag zuzustimmen, sofern sich irgendeine Möglichkeit zu seiner Durchführung bietet. Dazu ist aber eine Regierung erforderlich, die den Antrag auszuführen und die notwendigen Mittel zu beschaffen bereit ist. Von den Vertretern der Regierung wurde mitgeteilt, dass die Durchführung des Antrages etwa 360 Millionen Mark kosten würde. Eine Reichstagsmehrheit, die diese Summe von den Zahlungsfähigen zu erheben bereit wäre, besteht nicht, obgleich die Nationalsozialisten und die Deutschen vor Freundlichkeit und Mitleid mit den Hungernden und Frierenden überflossen. Der einzige Deckungsvorschlag der Nationalsozialisten bestand darin, die Spekulationsgewinne zur Einkommensteuer heranzuziehen. In diesem Punkte kann den Herren vom Hakenkreuz geholfen werden. Die Sozialdemokratie, gegen deren Protest im Jahre 1921 unter Führung Helfferichs die Spekulationsgewinne für steuerfrei erklärt wurden, werden ihnen Gelegenheit zur Erfüllung ihres Wunsches geben. Aber damit würde im Augenblick kein Pfennig und auf die Dauer noch nicht der zwanzigste Teil der Kosten des Antrages der Staatskasse zufließen. Die Entscheidung über den Antrag wurde daher vertagt durch Annahme eines Antrages des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, wonach die

Regierung ersucht wird, eine genauere Aufstellung darüber vorzulegen, welchen Geldbedarf die Durchführung des Antrages erfordert, und welche Deckungsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Die Annahme dieses Antrages erfolgte mit 20 gegen 15 Stimmen.

SPD. München, 12. November (Eig. Drahtb.)

Seit einer Woche ist in Bayern die Schlachtsteuer in Kraft und schon stellt sich heraus, dass die Steuer entgegen den gesetzlichen Bestimmungen von den Metzgern zu einer schamlosen Ausbeutung der Verbraucher ausgenutzt wird. Durch die summarisch von den Innungen festgesetzte Preissteigerung von 4 Pfennig pro Pfund für Frischfleisch und von 4 bis 6 Pfennig pro Pfund Wurst erzielen die Metzger Gewinne, die bei Schlachtvieh mittlerer Qualität 10 Mark und mehr ausmachen. Gegen diese Gewinnsucht des Metzgergewerbes, die im Zeichen des Preisabbaues umso unerhörter ist, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei der Regierung die entsprechenden Schritte unternommen mit dem Erfolg, dass schon in den allernächsten Tagen Gegenmassnahmen getroffen werden, die den Wucher der Metzger unterbinden.

SPD. London, 12. November (Eig. Drahtb.)

"Wir sind in der Geburtsstunde eines neuen Zeitalters", waren die Worte des Führers der englischen Arbeiterbewegung, als er am Mittwoch mittag den Vorsitz der britisch-indischen Konferenz übernahm. Würdig und einfach war die Eröffnung dieser Versammlung, in der sich das künftige Schicksal des grössten Reichs der Erde und zugleich das Geschick von 350 Millionen Menschen des indischen Kontinents vorbereiten werden.

Im englischen Oberhaus versammelten sich die 83 Delegierten dieser Konferenz, 68 Inder, meistens in bunten Nationalkostümen, unter ihnen zwei indische Frauen und zwei Vertrauensleute der indischen Gewerkschaften. Fast vollständig sind die Fürsten, Maharadschahs und Nabobs erschienen, von Kaschmir, von Tikamir, von Alwar, von Patiala, Heiderabad und wie die sagenhaften Namen heissen mögen. Sie sind die Repräsentanten der indischen Staaten. Aga Khan ist da, der seine ungeheuren Reichtümer in Europa verzehrt. Mohammed Ali, der Oberste der indischen Moslems, Sapru und Jayakar, die Führer der indischen Liberalen, Jinnar, Sastri, Männer, von denen jeder einzelne den Charakter bauerlichen Herkommens trägt, Köpfe, aus denen die Weisheit, die Kultur und die Ueberlieferung von Jahrhunderten strahlen, Gesichter, die die Maschinen noch nicht egalisieren und schablonisieren könnten, Köpfe, als seien sie eben aus einem bunten schönen Märchenbuch geschnitten.

Den Indern, Hindus und Moslems gegenüber sitzen 15 Delegierte Englands, an der Spitze MacDonald, Henderson, Wedgewood, Benn und Thomas, drei weitere englische entstammen dem konservativen Lager und drei dem der Liberalen. Nur ein einziges äusseres Zeichen der Vergangenheit und der Verbundenheit der Inder und Engländer: die englische Sprache! Ob Moslem oder Hindu, welcher Stamm, welches Land, welches Volk: durch verschiedene Heimatsprachen getrennt verständigen sie sich selbst untereinander auf englisch.

Das Gesumme im Saale bricht jäh ab. Der englische König erscheint und verliest die Begrüssungsrede. Unter stürmischem Beifall der Versammlung wird darauf MacDonald zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt. Mit tiefem Ernst und hohen Verantwortungsbewusstsein verweist er auf die historische Stunde, die die Geburtsstunde eines neuen Indien sein müsse, das am Tor seiner konstitutionellen Entwicklung angelangt sei. Es folgen die Reden der Führer der indischen Delegationen, alle die Verbundenheit Indiens mit England betonend, alle bereit, diese Konferenz zum Besten des indischen und des englischen Volkes reifen zu lassen.

In der Tat: diese Konferenz wird der Anfang sein einer auf der indischen Freiheit und Selbstverwaltung aufgebauten Union der beiden Staaten, oder das Ende der Zusammenarbeit, das zu gleicher Zeit Indien auf den Weg Chinas treiben müsste. Niemand weiss dies besser als die englische Arbeiterregierung. Die Vorschläge des Simon-Berichtes, obgleich sie zur Debatte stehen, sind bereits ad acta gelegt. An ihrer Stelle wird die englische Regierung durch die in den nächsten Tagen zu erwartende Denkschrift des indischen Vizekönigs eigene Ansichten darlegen lassen. Diese neuen Vorschläge reichen nahezu an den Dominion-Status heran. Die indischen Fürsten sind ebenfalls bereit, in grosse Machtabsprüche einzuwilligen. Die Beratungsdauer der Konferenz ist auf drei Monate berechnet, Zeit genug zur Diskussion. An ihrem Ende muss die Selbstverwaltung Indiens stehen und die Demokratisierung seiner Staaten. Die Befreiung der indischen Bauernmassen, eines Volkes von 350 Millionen Menschen ist auf der Tagesordnung der Weltgeschichte. Mit England - auf dem Weg der Evolution; ohne England - auf dem Weg der Gewalt, der Zerstörung und des blutigsten Kampfes. Das ist die Frage, die gestellt und die so gross ist, dass sie neben dem britischen Reich auch die Welt erschüttern kann. Sie kann nicht mit englischen und nicht mit indischen nationalistischen Phrasen, noch mit der reaktionären Maschinenstürmerei und Gesundheitserei Gandhis gelöst werden; aber mit der Besonnenheit, der historischen Erkenntnis und der Erfahrung einer in der demokratischen und sozialistischen Schule gross gewordenen englischen Arbeiterbewegung und ihrer Regierung.

SPD. Dresden, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Vereinigten Stahlwerke A.G. Düsseldorf haben am Mittwoch beschlossen, die Sächsische Gusstahlwerke Döhlen A.G. in Dresden, deren Aktienmehrheit in ihren Händen ist, am Donnerstag abend still zu legen. Nur zwei Abteilungen sollen vorläufig in Betrieb bleiben.

SPD. Dresden, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Rechtsparteien des Landtages hielten am Mittwoch wiederum eine Sitzung ab, die sich mit der am Donnerstag stattfindenden Präsidentenwahl befasste. Die Nazis schlugen ihren Abgeordneten Kunz für die Wahl vor. Indessen kam eine Einigung nicht zu Stande. Der Bürgerblock wird vor der Vollsitzung des Landtages noch einmal beraten, doch scheinen die Aussichten auf eine Einigung nicht günstig zu sein.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Vorbereitende Abrüstungskommission hat am Mittwoch die Aussprache über die Methoden zur Herabsetzung und Begrenzung des Kriegsmaterials fortgesetzt. Hierbei zeigte sich noch deutlicher die Gruppierung für eine mögliche Entscheidung. Italien und Japan verbleiben bei ihrer Haltung zugunsten einer Kombination aus direkter Begrenzung und indirekter Begrenzung durch Beschränkung und Veröffentlichung der Militärausgaben. Die nordischen Länder sprachen sich sehr scharf für den deutschen Antrag auf direkte Herabsetzung aus, dem auch Amerika bekanntlich zugestimmt hat. Offenbar als Entgegenkommen für die bevorstehende Entscheidung über die Seerüstungen hat England sich der französischen These der nur indirekten Beschränkung des Kriegsmaterials angeschlossen. Frankreich selbst liess durch seinen Vertreter Massigli angesichts der offensichtlichen Mehrheit für eine direkte Beschränkung oder mindestens ihre

Anwendung als eine der Methoden einen Ablenkungsantrag vertreten, nämlich die ganze Frage an einen Unterausschuss zu verweisen. Ohne Ergebnis musste die Aussprache vertagt werden. Man rechnet aber allgemein mit ihrer Beendigung am Donnerstag.

SPD. Brüssel, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Regierungskrise scheint einer schnellen Lösung entgegenzugehen. Dabei scheint der persönliche Einfluss des Königs eine nicht unerhebliche Rolle gespielt zu haben. Dieser empfing am Mittwoch vormittag den liberalen Aussenminister Hymans sowie den liberalen Bürgermeister von Brüssel, Max, den eigentlichen Urheber der Krise innerhalb der liberalen Partei und damit mittelbar der Regierungskrise. Offenbar machte der König, um eine gänzliche und durchsichtige Regierungskrise womöglich zu vermeiden, den Versuch, die feindlichen liberalen Brüder miteinander zu versöhnen, wie es scheint nicht ganz ohne Erfolg, denn in der nachmittags abgehaltenen Sitzung der Liberalen wurde den zurückgetretenen liberalen Ministern das Vertrauen ausgesprochen, und zugleich die Bereitschaft der Liberalen zu weiterer Mitarbeit an der Regierung erklärt, sofern deren grundsätzlichen Forderungen Rechnung getragen wird. Das ist eine sehr elastische Formel, die die Wiederaufrichtung der Jaspar-Regierung zulässt. Tatsächlich hat der König die Demission der Regierung überhaupt noch nicht formell angenommen und am Mittwoch abend herrschte die Auffassung vor, dass es zu einem solchen formellen Rücktritt überhaupt nicht kommen werde, sondern dass die alte Regierung möglicherweise mit einigen geringen Personaländerungen im Amte bleiben wird. Damit wäre aber höchstens eine kurze Galgenfrist gewonnen. Denn es ist bis auf weiteres unerfindlich, wie die beiden Parteien der Koalition die wichtigen politischen Fragen, über die sie nach wie vor uneinig sind, lösen wollen.

SPD. Prag, 12. November (Eig. Drahtb.)

Ab Freitag werden in drei Prager Kinos wieder deutsche Tonfilme gespielt werden.

SPD. Prag, 12. November (Eig. Drahtb.)

Ernährungsminister Bechye hielt am Mittwoch im Budget-Ausschuss ein Exposé, in dem er über die Preissenkungsaktion bei Brot, Weissgebäck, Selchwaren und Fleisch, sowie über die verschärfte Milch- und Butterkontrolle sprach. Im Verlauf seiner Rede kündigte er die Umwandlung des Ernährungsministeriums in ein Ministerium für Verbrauchswirtschaft mit erweiterten Kompetenzen an. Das Ministerium arbeitet derzeit an einem Gesetzentwurf über die Schaffung eines Wirtschaftsbeirats für Konsumgenossenschaften, welcher die wirtschaftlichen Interessen des organisierten Konsumenten wahren soll.

SPD. Wien, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der Bundespräsident Miklas hat heute aus Anlass des Feiertages der Republik im Radio eine Rede gehalten, in der er mit besonderer Betonung auf den ungestörten Verlauf der Nationalratswahlen hinwies und betonte, dieser widerlege die unsinnigen Gerüchte über Österreichs innerpolitische Zustände, die das Ausland beunruhigen. Er erklärte, dass die Einberufung des Nationalrats mit unmöglichster Beschleunigung innerhalb der gesetzlichen Frist erfolgen werde. Der glatte Verlauf der Nationalratswahlen bedeute ein Bekenntnis der Öster-

reicher zu den Grundsätzen wahrer Demokratie und zum Vaterland.

Im Verlaufe des heutigen Tages erschienen beim Bundespräsidenten die Vertreter des Präsidiums des Nationalrats, in deren Namen in Verhinderung des Präsidenten Gürtler der sozialdemokratische zweite Präsident Genosse Eldersch dem Bundespräsidenten die herzlichen Glückwünsche überbrachte und u.a. ausführte: Die Wahlen haben bestätigt, dass das österreichische Volk nach wie vor an den demokratischen Grundsätzen der Verfassung festhält. Der Bundespräsident Miklas antwortete, er teile die Meinungen über den hohen Wert der demokratischen Einrichtungen der Republik.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die schweizerische Regierung hat dem Finanzausschuss des Bundesrates vorgeschlagen, die Grenze für Unterstützungen der Schweizer, die Kriegsschäden erlitten haben, pro Familie von 3000 auf 6000 Franken zu erhöhen. In Sonderfällen kann diese Unterstützung noch erhöht werden. Die Budgets für 1931 und 1932 werden zu diesem Zweck um je eine Million Franken erhöht.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die schweizerische Sozialdemokratie demonstriert am Sonntag in Bern durch Massenaufzüge gegen die beträchtliche Erhöhung des schweizerischen Militärbudgets.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der faschistische Sondergerichtshof für die Verteidigung des Staates in Rom hat neun Taxichauffeure aus Mailand zu drei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil man im August antifaschistische Flugblätter in ihren Autos gefunden hatte. Die Waren waren damals bei der Verhaftung von den Faschisten zerstört worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag Ihr auf Welle 2850)

Italien rüstet.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Am ersten November hat der italienische Ministerrat die Gesetze über die Neuformierung der faschistischen Miliz verkündet, die mit einem Schlage die Kampfkraft der italienischen Landarmee weit mehr als verdoppeln. Die Gesetze haben den Sinn, die revolutionäre Parteitruppe von 363 465 Mann beizubehalten, sie aber aufs engste mit der regulären Armee von 230 000 Mann zu verbinden. Daher werden die Bataillone der Miliz nicht mehr als selbständige Parteikörper geführt, sondern der Armee als Kerntruppen des Faschismus beigegeben. Die hohen Chargen der Miliz rangieren in Befehlsgewalt, Gehalt und Pension genau mit dem Generalstab der Armee, während die übrigen zwölfhundert Milizoffiziere ebenfalls aus dem auf sämtliche Staatshaushalte geschickt verteilten Militärbudget besoldet werden. Sämtliche Mitglieder der Miliz müssen Faschisten sein, für ihre Beförderung ist die Mitgliedsdauer in der Partei massgebend. Zum Unterschied von der regulären Truppe, die auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut ist, handelt es sich bei der Miliz um ein freiwilliges Heer. Schon mit acht Jahren werden die jungen Schwarzhemden in die sogenannten Balillas eingegliedert, denen sie bis zum 14. Jahre angehören. Von da bis zum 18. Jahre kommen sie in die Vortrupps, bis 21 Jahre bilden sie die jungen Kampfverbände, aus denen jedes Jahr etwa 90 Tausend Mann zur Miliz übergehen. Die Verpflichtungszeit für die Miliz beträgt 10 Jahre, während deren die Milizsoldaten jetzt regelmässig an der militärischen Ausbildung und allen Gefechtsübungen der aktiven Truppe teilnehmen. Besondere Milizmanöver finden ausserdem noch statt.

Diese Neugliederung der Miliz ist eine ganz neue Tatsache von grösster Wichtigkeit für die militärische Macht Italiens. Der Kampfwert der Miliz wird auch von der italienischen Presse ganz besonders unterstrichen. "Das neue Gesetz", sagt selbst die Proklamation des Grossen Faschistischen Rates, "ist nicht nur ein Fortschritt für die Verbände der Schwarzhemden. Es stellt eine viel grössere Garantie für die Zukunft der faschistischen Revolution und für die Macht des Vaterlandes dar". Mussolinis "Popolo d'Italia" betont ausdrücklich: "Freiwillige Soldaten, von juristisch und gesetzlich offiziellen Offizieren befehligt, die im Krieg dekoriert sind, sind eine furchtbare Verstärkung der aktiven Truppe". Praktisch kann man also ruhig sagen, dass seit ersten November neben der regulären Armee von 230 000 Mann eine bewaffnete Macht von 400 000 Mann ständig in Italien mobilisiert ist. Die überschwenglichen und bluttriefenden Telegramme der nun noch besser bezahlten Mörderbanden an den Duce zeigen dass die Grundlagen der Reform und dieser 10jährigen Dienstzeit der blinde Gehorsam gegen Mussolini und die Partei ist.

Die praktische Verdoppelung des italienischen Militärs, die durch die neuen Gesetze für die mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstete Miliz erreicht wurde, ist eine neue frivole Provokation für alle Friedensfreunde. Sie kommt aber gerade noch recht, um der vorbereitenden Abrüstungskommission zu beweisen, dass an ein Ausschalten bewaffneter Verbände aus dem Programm der Abrüstungskonferenz nicht gedacht werden kann, wofür sich gerade Italien so eifrig einsetzt.

Vor einer Reform der dänischen Rechtspflege.

SPD. Kopenhagen, 12. Nov. (Eig. Drahtb.)

Justizminister Zahle, einer der drei Vertreter der radikalen Linke in dem im Übrigen sozialdemokratischen Ministerium, hat dem Folketing einen Gesetzentwurf über gewisse Änderungen der dänischen Rechtspflege vorgelegt, deren Durchführung in wesentlichen Punkten eine Modernisierung der dänischen ju-

ristischen Gesetzgebung bedeuten wird.

In Dänemark gibt es zur Zeit drei Gerichtsinstanzen: die Untergerichte, von denen sich eins in jedem der zahlreichen Gerichtskreise des Landes vorfindet, zwei Landgerichte, eins in Kopenhagen und eins in Viborg in Juetland, sowie ein Höchstgericht in der dänischen Hauptstadt. Diese Ordnung soll beibehalten bleiben, aber in der Rechtspflege in ihrer Gesamtheit solle ein System des unmittelbaren Weges von der Anzeige bis zur Verurteilung eingeführt werden dadurch, dass die Vernehmung der Bezichtigten und Zeugen in kriminellen Sachen und von Parteien und Zeugen in Zivilsachen direkt vor den Richtern erfolgen soll, die das Urteil fällen.

Im Höchstgericht, wo die Votierung der Richter jetzt geheim ist, und wo lediglich das Urteil und eine kurze Begründung der Mehrheitsentscheidung des gesamten Richterstuhles öffentlich ist, soll eine öffentliche Votierung eingeführt werden, sodass jeder der 15 Richter seine Stellungnahme und Begründung öffentlich kundgibt.

Bei den meisten Strafsachen, bei denen nicht volles Geständnis vorliegt, soll beim Untergericht und Landgericht die Mitwirkung von Laienrichtern eingeführt werden, die durch das Los aus der Bevölkerung einberufen werden und die zusammen mit einer entsprechenden Anzahl Juristen sowohl zur Schuldfrage wie auch zur Strafbemessung Stellung nehmen sollen.

In Fällen, bei denen ein Geständnis nicht vorliegt, die aber eine Strafe von 10 Jahren Gefängnis nach sich ziehen können, wird das Schwurgericht beibehalten.

Dadurch, dass die Zuständigkeit des Schwurgerichts erst bei Straftaten beginnt, die eine Strafe von 10 Jahren Gefängnis nach sich ziehen können, wird erreicht, dass die vielen Kindermordsachen, die in der letzten Zeit grosses Aufsehen in der Öffentlichkeit erregten, nicht mehr von dem Schwurgericht verhandelt werden, sondern vor dem Landgericht unter Mitwirkung von Schöffen oder Beisitzern. Zu zahlreichen Fällen, wo stark entschuldbare Momente vorlagen, hat ein Schwurgericht bei Tötung neugeborener Kinder die Mutter allein aus dem Grunde freigesprochen, weil man eine zu schwere Bestrafung der Mutter nach den strengen Paragraphen des geltenden Gesetzes befürchtete. Obwohl kein Zweifel an der Schuld der Kindermörderin und ihr offenes Geständnis vorlag, verneinten die Geschworenen die Schuldfrage. Diese Freisprüche haben das öffentliche Recht empfinden in demselben Grade verletzt wie die übertrieben strengen Strafen in Fällen, in denen viele mildernde Umstände für die unglückliche Mutter vorlagen.

Der Rechtsreformentwurf des Justizministers hat in der Bevölkerung starke Zustimmung erfahren. Dagegen sind aus juristischen Kreisen schon Stimmen sowohl gegen die öffentliche Votierung im Höchstgericht, die Einführung von Schöffen wie eine gleichfalls vorgeschlagene Modernisierung des Anwaltwesens laut geworden.

Aufbruch-Prozess in Quedlinburg.

SPD. Am Donnerstag den 13. November beginnt vor dem erweiterten Schöffengericht in Quedlinburg ein Landfriedensbruchprozess gegen 21 Sozialdemokraten und Reichsbannerleute, die das schwere Verbrechen begangen haben, dass sie sich gegen nationalsozialistische Angreifer zur Wehr setzten. Schon lange vor der letzten Reichstagswahl war in Quedlinburg durch die Nazis eine unerträgliche Terrorstimmung hervorgerufen worden. Führende Sozialdemokraten konnten sich in der Dunkelheit kaum noch allein auf die Strasse wagen. Prügeleien und Revolverschiessereien waren an der Tagesordnung. Ein gewisser Endorf tat sich dabei als Revolverheld ganz besonders hervor. Bei einem Ueberfall auf die Barackensiedlung am 31. Juli hatte dieser Hitlerjünger schon einmal einem Kommunisten ins Bein geschossen. Dieser Endorf war auch die Ursache, dass am Nach-

mittag des Wahltages sich eine Prügelei entwickelte. Die Ausschreitungen der Nationalsozialisten begannen schon am frühen Morgen des 14. September. Nachdem die Nazis schon in den vorhergehenden Nächten die sozialdemokratischen Plakate abgerissen und alle Ecken und Winkel mit ihren Hakenkreuz-Schmierereien verziert hatten, wollten die Sozialdemokraten wenigstens ihr eigenes Gewerkschaftshaus schützen. Deshalb war während der Nacht dort eine Wache untergebracht. Als diese Wache morgens um 6 Uhr nach Hause ging, wurde sie in der Nähe der Wohnung des Nazihäuptlings Kiessling von dessen Sturmtrupp überfallen und beschossen. Zwanzig Hitlerbrüder hatten so einen leichten "Sieg" über die paar Reichsbannerleute errungen. Dieser feige Ueberfall war wohl auch die Ursache, dass man am Nachmittag dann den Schiesshelden Endorf gehörig verprügelte. Dem Quedlinburger sozialdemokratischen Führer, dem Gewerkschaftsbeamten Schuchardt, der sich mit fünf Reichsbannerleuten auf einem Kontrollgange durch die Wahllokale befand, wurde mitgeteilt, dass vor dem Lokal "Prinz Heinrich" eine Prügelei im Gange wäre. Schuchardt ging mit seinen Begleitern dorthin, um nach dem Rechten zu sehen und Unfug zu verhüten. Als die Reichsbannerleute dann von den Nazis angegriffen wurden, setzten sie sich natürlich zur Wehr. Das ist nun das Verbrechen, weswegen jetzt 21 Arbeiter angeklagt sind! Schuchardt als "Rädelsführer" wegen Aufruhrs und die übrigen wegen Teilnahme an der Schlägerei. Schuchardt wird beschuldigt, die Menge aufgefordert zu haben, in die Stadt zu den Wahllokalen zu ziehen und dort den Nazis die Plakate wegzunehmen. Das ist natürlich eine glatte Unwahrheit und bei dem überlegenen Sinn des alten Gewerkschaftsführers ganz undenkbar. Die wahrhaft Schuldigen sind die Nationalsozialisten, die eigentlich auf die Anklagebank gehörten und jetzt als Belastungszeugen auftreten. Das alte Bild zahlreicher ähnlicher Prozesse der letzten Zeit

Als Verteidiger der Angeklagten wirkt Rechtsanwalt Dr. Braun-Magdeburg, der zuletzt im Koch-Mordprozess und vorher im Haas-Prozess bekannt geworden ist. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Tagung der Arbeitersportler.

SPD. Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege E.V. hielt am 11. November in Berlin eine Tagung ab, auf der sie zur sportpolitischen Frage Stellung nahm. Zunächst wurde der Abbau der Sportbeihilfe im Reich und in den Ländern ausführlich besprochen. Obwohl erkannt wurde, dass in der heutigen Not auch die Sportverbände Opfer bringen müssen, war die Kommission doch der Ansicht, dass eine Kürzung der an sich schon geringen Mittel zur Förderung der Leibesübungen um mehr als die Hälfte nicht zu rechtfertigen ist. Die Sportvereine bieten der erwerbslosen Jugend gerade in einer Zeit der schweren Wirtschaftskrise eine feste Stütze. Nichts anderes ist so geeignet, einer Jugend über die Gefahren für Körper und Seele, denen sie heute ausgesetzt ist, hinwegzuhelfen, als der Sport in seiner Anspannung der Lebensenergien. Darum sollte man an dieser Stelle nicht mit solcher Härte sparen wollen.

Die Tagung nahm dann den Bericht über das Vorgehen des Reichswehrministeriums gegen die Arbeitersportbewegung entgegen und sprach ihr Erstaunen darüber aus, dass diese Behörde es mit ihrer Aufgabe zu vereinen vermag, aus ganz formalen Gründen den Arbeitersportvereinen die Übungsplätze zu entziehen. Sie hält diese Auslegung des § 36 des Wehrgesetzes für den Ausfluss einer unzeitgemässen Militärbürokratie und erwartet von den zuständigen Stellen Abhilfe.

Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen die Aussprache über die Beschickung der zweiten internationalen Arbeiter-Olympiade in Wien ein. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wird dadurch gewaltig erhöht, dass vor dem Hauptfesttag der Internationale sozialistische Kongress, der geschlossen an dem grossen sportlichen Festzug und an den Massenvorfürungen im Stadion teil-

nimmt; zusammentritt. Die Beschickung der Olympiade wird ebenfalls durch die ungeheure Arbeitslosigkeit in Frage gestellt. Die Reichsregierung, die vor 2 Jahren noch fast eine halbe Million für die Beschickung der Olympiade in Amsterdam zur Verfügung stellte und noch im letzten Frühjahr 50 000 Mark für den sogenannten olympischen Kongress übrig hatte, verschanzt sich jetzt hinter der Wirtschaftskrise. Dabei müssen die deutschen Verbände allein 80 000 Mark nach Wien zahlen, denn der österreichische Staat trägt ebenfalls nicht zur Finanzierung der Olympiade bei. Die Entsendung der deutschen Wettkämpfer erfordert einschliesslich der Ausscheidungskämpfe bei bescheidensten Ansprüchen rund 100 000 Mark. Für die übrigen aktiven Teilnehmer, deren Zahl trotz der Not die 10 000 überschreiten dürfte, können irgendwelche Beihilfen überhaupt nicht gezahlt werden. Es erscheint ganz unmöglich, dass das Reich sich der bisher geübten Verpflichtung auf eine namhafte Beihilfe entziehen könnte, zumal dem bürgerlichen Sport bereits eine wenn auch gekürzte Beihilfe für die Olympiade in Los Angeles zugesagt worden ist.

Die Tagung nahm dann noch zur Erwerbslosenfrage und zu internen Angelegenheiten Stellung. Einmütigkeit herrschte darüber, dass in den schweren Kämpfen, die dem deutschen Arbeiter noch bevorstehen, der Platz der Arbeitersportler nur an der Seite der in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft sein kann.

SPD. Die auf Anregung des Oberstaatsanwalts Köhler am Mittwoch eingeleiteten Vergleichsverhandlungen zwischen dem Vertreter des Reichsanwalts Jorns, Justizrat Dr. Löwenstein, und dem Redakteur Bernstein, sind nach kurzer Dauer gescheitert. Justizrat Löwenstein erklärte, Reichsanwalt Jorns würde auf die Fortführung der Klage verzichten, wenn Bernstein die Erklärung abgebe, dass er aus den festgestellten objektiven Mängeln im Verfahren Liebknecht-Luxemburg keine Vorwürfe in subjektiver Richtung gegen Reichsanwalt Jorns herleiten wolle. Redakteur Bernstein lehnte eine solche Erklärung ab. Er habe zwar mit der Veröffentlichung des inkriminierten Artikels noch nicht den Vorwurf der Rechtsbeugung gegen Jorns erheben wollen. Nach Kenntnis der Akten und nach der Vernehmung der Zeugen im Jorns-Prozess sei er aber jetzt davon überzeugt, dass Herrn Jorns auch in subjektiver Richtung die schwersten Vorwürfe zu machen seien. Darauf wurden die Vergleichsverhandlungen als aussichtslos abgebrochen. Der Prozess wird am Donnerstag fortgesetzt.

SPD. Die Vereinigten Reichsratsausschüsse traten am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich in die zweite Beratung der Deckungsvorlagen ein. Der Sitzung wohnte auch der bayerische Ministerpräsident Held bei sowie verschiedene andere Minister süddeutscher Länder.

Die Vorlage auf Kürzung der Beamtengehälter wurde in zweiter Beratung angenommen, ohne dass Anträge auf Vorverlegung des Gehaltskürzungstermins gestellt worden wären. Es bleibt also beim Termin vom 1. April. Eine Änderung wurde nur hinsichtlich der Behördenangestellten beschlossen.

Die Ausschüsse wandten sich dann den weiteren Deckungsvorlagen zu. Die zweite Lesung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes, das besonders wegen der Frage der Gemeindehaushalte umstritten ist, findet erst am Sonnabend statt.

Aus aller Welt

Die Totschläger der Nazi-Studenten.

Akademischer Mob improvisiert das Dritte Reich - Wie sich die Hitler-Jugend den Kampf mit geistigen Waffen vorstellt - Arische Edeldinge misshandeln wehrlose Mädchen - Soll die Berliner Universität zur Giftküche werden?

SPD. Die Berliner Nazikommilitonen sind wieder einmal in teutonische Wallung geraten. Anstatt ihre Vorlesungen zu besuchen, vergnügen sich die martialischen Hakenkreuzknaben damit, in den Gängen und in der Vorhalle der Universität auf jüdische Studentinnen und Studenten mit den Totschlägern einzuprügeln, antisemitische Gassenlieder zu brüllen und ihren Rektor, der die unmannerlichen Krakeeler zur Ruhe bringen will, in der infamsten Weise anzupöbeln.

Der Racheschwur der Hitlerknaben.

Nachdem es schon am Dienstag vor und in der Universität zu schweren Ausschreitungen des akademischen Pöbels gekommen war, der Flugblattverteiler der republikanischen "Deutschen Studentenschaft" angegriffen und die für Ordnung sorgende Polizei verhöhnt hatte, holte das Gesindel am Mittwoch zu einer wohlvorbereiteten Aktion aus. Kurz vor 10 Uhr versammelten sich die Mitglieder der rechtsradikalen Verbände, meistens Nazis, Werwölfler, Stahlhelmer und zu einem kleinen Teil auch Hugenbergvasallen in Stärke von etwa 500 Mann im Vorhof der Universität, um eine - so frech waren sie wirklich - "Versammlung gegen den Polizeiterror" abzuhalten. Irgendein obskurer Redner, dessen Namen zu nennen man zu feige war, hielt eine von Beschimpfungen der Polizei strotzende Hetzansprache, die mit einem Hoch auf Adolf Hitler und einem "Racheschwur" gegen die Republik endete.

"Die rote Pest, die wird gekillt!"

Die Hakenkreuzjünglinge waren von dem Hetzelaborat ihres Häuptlings dermaßen animiert, dass sie, in Stimmung gebracht, ihre schönsten Lieder zu Gehör brachten, von denen das eine den schönen Refrain hatte: "Hakenkreuz am Stahlhelm. Kriegergeist im Blick, der Familie Moses brechen wir's Genick!", wozu sie einen Sprechchor brüllten, der verheissungsvoll mit der schönen Ankündigung endete: "Die rote Pest, die wird gekillt!" Als die Lümmei anfangen, republikanische Studenten, die ahnungslos aus ihren Vorlesungen kamen, unter dem Geschrei "Juden raus" und "Juda verrecke" anzufallen und mit Faustschlägen und Totschlägern zu bearbeiten, griff die Polizei ein und bahnte sich mit Gummiknüppeln einen Weg durch die wüst johlende Menge, die inzwischen den Zuzug fragwürdigster Elemente erhalten hatte. Der Vorhof der Universität war mit skandalisierenden Burschen in Ludenmütze und Schieberschal angefüllt. Mindestens zu 50 Prozent waren die Radaubröder sicher gar keine Studenten, sondern bereitgestellte SA-Strolche, denen die frisch-fröhliche Lust am Krawallmachen aus den Augen sprach.

Schwarze Haare? Schon verdächtig!

Von einem Orkan unflätiger Zurufe überschüttet, drang die Polizei in die Gänge der Universität ein. Man hörte Rufe, wie "Judenknechte, Hebräergarde" und die immer wieder im Chor gebrüllten Worte "Schupo verrecke, Deutschland erwache!" Währenddessen kam es in den Universitätsgängen zu unglaublichen Roheitsakten der nationalsozialistischen Banditen. Eine Studentin, die den Burschen ihres schwarzen Haares wegen unangenehm auffiel, wurde völlig grundlos niedergeschlagen und mit Fusstritten ins Gesicht und auf die Brust aufs

schwerste misshandelt. Republikanische Studenten schleppten das stark blutende Mädchen aus dem Getümmel heraus und brachten es zu einer Unfallstelle während der völkische Mob unmenschlich genug war, auch noch auf die Verletzte einzuschlagen. Ein sozialistischer Student, der am Anschlagbrett der sozialdemokratischen Studenten stand, wurde von einer Horde von etwa 25 Hakenkreuzlern überfallen und mit Totschlägern bearbeitet. Auch er musste sich in ärztliche Behandlung begeben.

Sprechchöre gegen den Universitäts-Rektor.

Nun erschien der Rektor der Universität, Professor Dr. Deissmann, und versuchte, die tobende Meute zu beruhigen. Er forderte sie auf, Gegensätze, wie es unter anständigen Menschen üblich sei, mit geistigen Waffen auszutragen und nicht mit dem Schlagring über den politischen Gegner herzufallen. Aber da kam er allerdings an die Unrechten. Die Nazis verhöhnten den politisch übrigens rechtsstehenden Rektor in der unglaublichsten Weise und liessen ihn kaum zu Worte kommen. Man hörte minutenlanges Geschrei, Spottverse wurden gesungen, und eine Gruppe von etwa 30 Nazis rief immer wieder, wenn der Rektor zum Sprechen ansetzte: "Fort mit dem Waschlappen! Der Rektor ist der Gefangene der Polizei! Gehen Sie doch zu Isidor Weiss!"

7 Rüpel festgenommen.

Die Polizei, die von den Nazis aufs unerhörteste geschmäht und provoziert wurde, verhielt sich so zurückhaltend, wie es nur irgend möglich war. Man muss der Polizei für ihre mustergültige und besonnene Haltung den widerwärtigen Rüpeleien der Nazijünglinge gegenüber den Dank der anständigen Berliner Bevölkerung aussprechen. Als sich die Tumulte immer mehr verstärkten und die akademischen Banditen mehrere Schüsse abfeuerten, die zum Glück fehlgingen, griff die Polizei energisch durch und säuberte Vorhof und Universitätsgänge mit dem Gummiknüppel. Hierbei wurden 7 Studenten wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Beamtenbeleidigung festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

8 Mark für den Ball des Dritten Reiches.

Erklärlicherweise hatten es die Nationalsozialisten besonders auf die Flugzettelverteiler der sozialdemokratischen Studentenschaft abgesehen. Die sozialistischen Studenten hatten ein Flugblatt gegen den sogenannten Universitätsball der angeblich "Allgemeinen Studentenschaft", unter welchem irreführendem Deckmantel sich die Nazis verbergen, herausgegeben, und insbesondere die hohen Eintrittspreise von acht Mark gezeisselt, mit denen diese famosen Nationalsozialisten die riesige Not der breiten Volksmassen geradezu verhöhnen. An der Dorotheenstrasse wurde ein junger Student, der diese Flugblätter verbreitete, von einer Hitlerhorde überfallen und blutig geschlagen. Als der Wehrlose am Boden lag, raubten ihm die akademischen Wegelagerer seine Flugblätter. Auch an anderen Stellen kam es zu Überfällen auf sozialistische Studenten, die Flugblätter verteilten.

Wie die Kaschemmenbrüder!

Es ist klar, dass durch stundenlangen Tumult die Universitätsvorlesungen auf das schwerste beeinträchtigt wurden. Aber diesen Burschen ist ja auch an ernster Arbeit nichts, am Krawallmachen dafür alles gelegen. Bezeichnend für die Geistesverfassung dieser Sorte "Studenten" war ihre Methode, in die Vorlesungen hinein ihr "Juden raus" zu brüllen. Ihre Absicht, die Vorlesungen zu unterbinden oder wenigstens zu beeinträchtigen, ist ihnen in manchen Fällen auch gelungen. Von den Behörden muss gefordert werden, dass sie diesen Kaschemmenbrüdern mit abgeschlossener "Reife"-prüfung mit aller Energie entgegentreten. Wenn die Gerichte die tobenden Jünglinge wieder, wie zu befürchten ist, mit Glacéhandschuhen anfassen, so muss der ernsthafte Teil der Berliner Studenten gegen den Faschistenterror an der Berliner Universität zur Selbsthilfe greifen. Diesen randalierenden Jünglingen, die sich frecherweise auf die "Exterritorialität" der Universität berufen und die, auf dem soliden Geldbeutel ihrer Väter sitzend, sorlos in den Tag hinein leben, muss unbedingt gezeigt werden, dass sie auf keinen Kommilitonen blutig zu schlagen.

Der Mörderoffizier, der sich die Hände wusch...

Reichsrichter Jorns wollte eine Ehrenerklärung haben, aber die konnte ihm der Angeklagte beim besten Willen nicht geben. — Was das Vollzugsratsmitglied Rusch im Edenhotel erlebte.

SPD. Die Vergleichsverhandlungen im Jorns-Prozess sind gescheitert. Der angeklagte Redakteur Bornstein ist davon überzeugt, dass Jorns bei der Verfolgung der Liebkecht-Luxemburg-Mörder Fehler begangen hat, die ihn als rüchter, unqualifiziert erscheinen lassen. Der Angeklagte ist nicht bereit, Herrn Jorns einen Ehrenmann zu nennen. Der Kampf um die Ehre des Herrn Jorns geht weiter.

Ein Blick in den Verhandlungssaal. Das "Milieu" hat sich grundlegend geändert. Man ist aus der feierlichen Oede des grossen Schwurgerichtssaals in das intime Beieinander der Strafkammer hinübergewechselt und hier kommen sich Personen und Dinge, wenn auch nicht sachlich, so doch räumlich entschieden näher. Vor Herrn Ohnesorge türmen sich in gespenstiger Fülle die Akten zu Bergen, der Oberstaatsanwalt Köhler, ein modern denkender und recht temperamentvoller Jurist, kann in dieser Prozessfolge des allgemeinen, fast tödlichen Phlegmas nichts anderes tun, als brav und ergeben auf seinem amtlichen Stuhle sitzen und von Zeit zu Zeit eine freundliche Anregung geben.

Herr Jorns produziert sich als Held!

Die Verhandlung, man muss das leider sagen, wird nicht von dem unverbindlich-glatten, distinguirt-uninteressierten Herrn Ohnesorge geführt, dessen Gründlichkeit auch den eifrigsten Oberlehrer vor Neid erblassen lässt, sondern von Herrn Jorns, der ja, zur Schande der deutschen Justiz, noch immer Reichsanwalt ist. Herr Jorns fühlt sich in seinem Element, er hat eine riesige Mappe mit Aktenstücken nach Moabit geschleppt und donnert von Zeit zu Zeit seine Fragen und Anklagen in den Gerichtssaal, dass es nur so eine Art hat. Der Kläger, den man auch den Angeklagten nennen könnte, hat es ja leicht; niemand widerspricht ihm, niemand rückt ihm mit Fragen der Logik und der Vernunft an den Leib. Wie war das damals doch anders, als Dr. Paul Levi, der unerbittliche Ankläger, gegen den unwürdigen Reichsanwalt sein scharfes Florett schwang! Da sass Herr Jorns, der sich, welch Symbol, in unbewusster Selbsterkenntnis auf die Anklagebank gesetzt hatte geduckt, eingeschüchtert, verbissen und hilflos auf seinem Platz. Auf Levis scharf formulierte Fragen und Beschuldigungen antwortete er ausweichend, verlegen, stotternd — es war die Unterlegenheit des Schulbuben, der ein schlechtes Gewissen hat.

Das Paradies der Mörder.

So öde und monoton auch die diesmalige Verhandlung verläuft — manchmal gibt es doch sehr bezeichnende Momente. Da ist z.B. die Vernehmung des Zeugen Rusch, des Mitgliedes des damaligen Vollzugsrats, der mit Wegmann seinerzeit der Liebkecht-Luxemburg-Untersuchungskommission angehört hat. Rusch schildert, wie sorglos und fidel es damals im Eden-Hotel unter den beschuldigten Mörderoffizieren hergegangen ist. Sie standen ohne jede Aufsicht, besprachen höhnisch grinsend aufs genaueste ihre Aussagen und machten sich über die ganze Untersuchung in einer unerhört verletzenden und übermütigen Weise lustig. Das ganze war schlimmer als eine Komödie, es war ein Schindludertreiben mit dem Recht, wie es schlimmer und schändlicher kaum gedacht werden kann.

Rusch kam einmal zu einer Sitzung, in der ein beschuldigter Offizier vernommen werden sollte. Um die Vollzugsratsmitglieder, die "verdammten Roten" zu ärgern, wusch sich dieser chargierte Lümmel, der immerhin der Mordbeihilfe dringend verdächtig war, bei seiner Vernehmung die Hände und drehte den Vollzugsratsmitgliedern ostentativ den Rücken zu. Um die Ungehörigkeit voll zu machen, trat ein anderer Offizier, der mit der Verhandlung garnichts zu tun hatte, an den "Vernommenen" heran und erzählte ihm unter flegelhaftester Ignorierung der Kommission in lautem Tonfall die neusten Witze. Der vernommene Offizierslümmel machte dann, so erzählt Rusch, Bemerkungen, die in verletzendster Form

auf die Mitglieder des Vollzugsrats hinzielten. "Da wir Zwischenfälle vermeiden wollten, um nicht vom Mordthema abzulenken," so sagt der Zeuge Busch aus, "haben wir uns zurückgehalten und sind auf die Beleidigungen nicht eingegangen".

Unter Brüdern - -!

Es waren schon nette und sympathische Früchtchen, die damals in den Januar=tagen 1919 im Eden=Hotel ihren Pogrom=Instinkten gegen Arbeiterschaft und Repu=ublik freien Lauf liessen. Dieser Offizier, der sich bei der Vernehmung lachend die Hände wusch und seinen Richtern den Hintern zudrehte und dieser Reichsan=walt, der sie gewähren liess, sie waren und sie sind einander wert!

Autokatastrophe. Ein folgenschwerer Autounfall, bei dem eine Person getö=tet wurde und vier Personen zum Teil schwer verletzt wurden, ereignete sich am Dienstag abend gegen 9 Uhr in der Nähe des Gutes Moormannshof bei Friedland (Mecklenburg). Ein Auto aus Alt=Landsberg fuhr gegen einen Chausseebaum und überschlug sich. Der verheiratete Landwirt Gustav Kurt aus Hönow bei Alt=Lands=berg wurde auf der Stelle getötet. Er hatte einen Schädelbruch erlitten. Der Landwirt Keusch aus Alt=Landsberg, seine Ehefrau, sein Sohn und seine Tochter wurden mit schweren Verletzungen dem Schweriner Krankenhaus zugeführt.

Kindertragödie. In Amiens erschoss sich am Dienstag ein 13jähriges Mädchen durch einen Revolverschuss in die Brust. Die jugendliche Selbstmörderin war, wie die polizeiliche Untersuchung ergab, von einem Nachbarn, einem 67jährigen Greis, verführt worden. In einem Schreiben an ihre Eltern erklärt das Mädchen, dass es aus Scham über seine Schande in den Tod gegangen sei.

Tragikomödie der Zeit. In der Prager Altstadt spielte sich eine Tragiko=mödie ab, deren Einzelakte für mancherlei Sorgen und Nöte dieser Zeit symptoma=tisch sind. Eine einzige winzige verlorene Semmel war die Ursache zu grossen Wirkungen und sogar zu einer kleinen sozialen Revolution. Held des Schauspiels: ein Arbeitsloser; Schuft des Dramas: ein Würstelmann. Neben dem Kessel des Wür=stelmanns, auf der Erde liegend, sah der Arbeitslose eine Semmel. Höflich ersuch=te er den Würstelmann, er möge ihm diese Semmel geben, da er Hunger habe, wurde aber von ihm barsch abgewiesen. Da hob der Arbeitslose die Semmel aus dem Strassenstaub auf und wollte mit ihr fortlaufen. Der Würstelmann packte den Hun=grigen und prügelte ihn unbarmherzig durch. Das hatte nun einen kleinen Auflauf zur Folge. Der Aufklärung des Publikums folgten hochherzige Angebote: ein Ar=beiter gab dem Würstelmann selbst zwei Kronen, also den achtfachen Preis der Sem=mel, ein Invalide spendete eine Krone, und auch andere Leute, alles Proletarier, drängten sich mit ihrer Gabe, um dem Hungrigen zu helfen und den Würstelmann zu=versöhnen. Obzwar die Frau des Würstelmanns auch rubig das Geld einsteckte, liess ihr brutaler Ehemann den "Dieb" nicht frei. Schliesslich erschien die Polizei auf der Bildfläche und wahrte die Würde der kapitalistischen Gesetz=lichkeit, in dem sie den Jungen, der eine schmutzige Semmel stehlen wollte, mit eisernen Handschellen fesselte, und wie einen Mörder durch die Strassen Prags führte. Dieser Vorfall hatte eine grosse Menschenansammlung zur Folge. Die Men=ge nahm eine drohende Haltung gegen den Würstelmann an und wollte ihn lynchen. Er musste seinen Stamplatz verlassen und sich unter polizeilichen Schutz be=geben. Die Marktweiber beschlossen, den herzlosen Würstelmann zu boykottieren. Ein Novellenstoff, gewiss. Aber bloss ein Novellenstoff?

Verhaftete Millionendiebe. Eine aus vier Köpfen bestehende Einbrecherbande, die sich selbst die "Geschorenen" nannte, ist am Mittwoch in Paris verhaftet wor=den. Zahlreiche Einbrüche, deren Gesamtbetrag auf mehrere Millionen Franken ge=schätzt wird, sind auf ihr Konto zu setzen. Die Uebeltäter, von denen der älteste gerade 17 Jahre alt ist, sind alle aus der Fürsorgeanstalt entsprungen.

Die Weltreise des Seemannsdichters. Der dänische Seemannsschriftsteller Knud Andersen kehrte am Montag mit seinem kleinen Segelschiff "Monzun", das die letzten zehn Monate hindurch sein Heim und das seiner Familie auf dem Weltmeer gewesen ist, nach Kopenhagen zurück. Der "Monzun" hat den atlantischen Ozean auf verschiedenen Breitengraden zweimal überquert, ist südlich bis zu der einsamen Insel Tristan da Cunha vorgedrungen, die nur einmal im Jahre den Besuch eines Postschiffes erhält, und hat im Ganzen 25 000 Seemeilen zurückgelegt, d. h. $1 \frac{1}{5}$ mal den Erdumfang. Andersen will ein Buch über die seltsamen Erlebnisse der Reise schreiben und plant für später eine Segelfahrt in den Stillen Ozean.

+ + +
Die Sorgen des Lords. Zwischen einem Vetter des englischen Königs, Lord Cavendish, und der Pariser Schauspielerin Fräulein Spinelly ist ein kurioser Mietsprozess ausgebrochen. Der Lord hatte bei der Schauspielerin, die sich bereits mehrere Luxushäuser in Paris "erspielt" hat, eine Wohnung für die Kleinigkeit von 100 000 Franken gemietet. Für sein teures Geld hoffte er ruhig und friedlich leben zu können. Da erschienen aber eines Tages Bauarbeiter, um ein neues Stockwerk auf das Haus zu setzen. Der Lord erstickte fast im Bauschmutz, dazu ist ihm eines Tages ein Balken beinahe auf den Kopf gefallen. So verlangte er am Mittwoch vom Gericht die Verfügung, dass die Bauarbeit sofort eingestellt werden müsse, da sie ihn in dem Genuss seines Mietsvertrages empfindlich störe.

+ + +
Rettung nach 72 Stunden. Der erste Offizier des Schoners "Brooklyn", der am vergangenen Sonnabend in der Nähe der kalifornischen Küste kenterte, wurde durch einen glücklichen Zufall auf See treibend aufgefunden und konnte gerettet werden. Der Schiffbrüchige, der auf einen Wrackstück sass und vollkommen erschöpft war, hatte 72 Stunden lang ohne Nahrung und Trinkwasser ausgehalten.

+ + +
Revision im Augsburger Giftprozess. Rechtsanwalt Dr. Frey-Augsburg, der Verteidiger der im Augsburger Giftmordprozess zum Tode verurteilten Frau Anna Lutzenberger, hat beim Reichsgericht die Revision gegen das gefällte Urteil unter der Begründung beantragt, dass die beiden Hauptentlastungszeugen, die im Verdacht der Begünstigung standen, unvereidigt vernommen worden sind.

+ + +
190 000 Mark unterschlagen. Durch die Unterschlagungen von zwei Angestellten ist die Pyramont Bank in Bad Pyrmont um 190 000 Mark geschädigt worden. Da besonders viel kleine Sparer ihre Einlagen bei der Pyramont Bank haben, ist die Erregung der Bevölkerung begreiflicherweise sehr gross. Man hofft, dass die Einlagen etwa zu 80 Prozent gerettet werden können.

+ + +
Räuber im Schlafzimmer. In der Nacht zum Mittwoch drangen drei unbekannt gebliebene Männer in die Wohnung der in Berlin wohnenden Witwe des berühmten Augenspezialisten Pollack ein und zwangen unter vorgehaltenem Revolver die im Bett liegende Frau Pollack zur Herausgabe von Geld und Schmucksachen. Die rabiaten Burschen entkamen mit einer Schmuck-Beute im Werte von 100 000 M. Im Lauf des Mittwochs musste sich Frau Pollack in ärztliche Behandlung begeben, da einer der Täter sie, als sie im ersten Augenblick des Ueberfalls laut aufgeschrien hatte, stark gewürgt hatte.

+ + +
Abgebrannte Kirche. Durch Ueberheizung eines Ofens entstand in der Kirche von Reichlingen bei Merseburg ein Feuer, das auf den im Holzfachwerk ausgeführten Kirchturm übergriff und schliesslich die ganze Kirche bis auf die Grundmauern einäscherte.

Landtag-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 12. November 1930 (Eig. Ber.)

Nach den furchtbaren Bergwerkskatastrophen, die in der vorigen Woche den Landtag beschäftigten, behandelte das Preussenparlament am Mittwoch in ausgedehnter Debatte die Hochwasserkatastrophe in Schlesien und Brandenburg. Fast alle Parteien hatten Anträge gestellt, die sofortige Hilfeleistungen, aber auch vorübergehende Massnahmen forderten. Alle diese Anträge hatte der Hauptausschuss in einem Programm zusammengefasst, in dem unverzüglich ausreichende Mittel für Wiederherstellungsarbeiten gefordert werden, aber auch Hilfsleistungen für die schwer in Not geratenen Einwohner der betroffenen Gebiete. So sollen nach dem sozialdemokratischen Antrag die noch aus den Jahren 1926-1928 stammenden staatlichen Hochwasserkredite in den Notstandsgebieten niedergeschlagen werden, soweit Provinzen und Kreise dasselbe tun. Es sollen Beihilfen gewährt werden und ferner alle vorbeugenden Massnahmen durch ein auf längere Zeit berechnetes Wasserbauschutzprogramm getroffen werden. Der Hauptausschuss verlangt ausserdem, dass die Notstandsgebiete von Schlesien und Brandenburg mit in das Osthilfeprogramm aufzunehmen sind.

Als erster Debatteredner gab Abg. Simon-Neusalz (Soz.) einen umfassenden Ueberblick über die verheerenden Wirkungen der furchtbaren Katastrophe, die, wenn auch keine Menschenleben zu beklagen sind wie damals bei den Ueberschwemmungen von 1903, wirtschaftlich grösseren Schaden angerichtet hat als jene. Er vertrat die sozialdemokratischen Forderungen und sprach insbesondere dem Reichsbanner Dank aus für die tatkräftige Hilfeleistung, die diese Organisation in allen Orten des Notstandsgebietes geleistet hat. Zum Schluss wandte sich der Redner gegen die politische Hetze der reaktionären Parteien, die sich gegen Preussenregierung und gegen die Aussenpolitik wendet. Denn nur die letztere hat die Aufnahme grösserer Auslandskredite möglich gemacht, ohne die die bisherigen Wasserschutzarbeiten unmöglich gewesen wären.

Auch der zweite sozialdemokratische Redner Abg. Freter, setzte sich nachdrücklich für das Hauptausschussprogramm ein, das entscheidende Teile der sozialdemokratischen Forderungen übernommen hat. Als Landrat des brandenburgischen Kreises Kalau-Luckau forderte er Fortsetzung der seit 3 Jahren betriebenen Spreewaldregulierung durch Anlage eines bereits vorgesehenen Staubeckens und vor allem die Aufnahme des Regierungsbezirks Frankfurt a.O., ebenso wie der betroffenen Kreise in Niederschlesien, in das Osthilfeprogramm.

Die Regierung erklärte, dass ausser den vorläufig zur Verfügung gestellten Mitteln zur Hilfeleistung selbstverständlich im Sinne des Hauptausschussprogramms alles getan wird, um durch weitere Mittel Not zu beseitigen, die beschädigten Wasserschutzanlagen wieder herzustellen und vorbeugende Massnahmen zu treffen.

Das Hauptausschussprogramm wurde mit grosser Mehrheit angenommen.

In zweiter Lesung stimmte dann das Haus noch über die Durchführungsbestimmungen zur Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und zur Bürgerabgabe ab. Die Vorlagen wurden mit den Stimmen der Regierungsparteien in namentlichen Abstimmungen gegen die übrigen Parteien angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen: dritte Lesung der neuen Kommunalsteuern, pädagogische Akademien und Landwirtschaftsfragen.

Gewerkschaftliche Bündnis

Gute Ratschläge und Besseres.

Mithelfen!

SPD. Die "Germania", das Berliner Zentrumsorgan, hat den preussischen Innenminister Severing im Anschluss an seine Ankündigung, er werde gegen den politischen Radikalismus auf der äussersten Rechten und auf der äussersten Linken mit aller Energie die staatlichen Machtmittel einsetzen, darauf aufmerksam gemacht, dass mit dem Einsatz nur materieller Machtmittel des Staates der Aufgabenkreis, dem der Innenminister des grössten deutschen Landes gegenüberstehe, nicht erschöpft sei. Der politische Randalismus sei wohl der offenste, aber vielleicht nicht der schlimmste Feind unsres Volks- und Staatslebens. Man dürfe nicht nur die Gefahren ins Auge fassen, von denen man meine, dass sie von Seiten der Nationalsozialisten drohen, sondern müsse auch die systematische, mit ausserordentlichem Raffinement betriebene, geistige Aushöhlung unserer Kultur im Auge behalten, die von der äussersten Linken komme. Unter dem Deckmantel von Kunst und Literatur ergiesse sich eine schmalose Propaganda der sittlichen Verflachung und Entnervung über Volk und Land.

Niemand wird bestreiten, dass nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch der Kommunismus in Deutschland und zwar, vor allem unter dem jugendlichen Nachwuchs verheerende Wirkungen zeitigt. Kein Tag vergeht, wo nicht viehische Exzesse von den Hakenkreuzlern und den Kommunisten gemeldet werden. Blutbefleckte Verbrecher und katilinarische Existenzen werden hüben und drüben mit einem Glorienschein umgeben und mit Führerposten bedacht. Brutalität und Zynismus erfüllen die Gedankenwelt des Rechts- wie des Linksbolschewismus. Beide sind ja letzten Endes nichts anderes als Kinder des Weltkriegs, Blüten des Blutsumpfes, dessen Giftdünste heute noch über Europa hängen.

Dass man mit dem Polizeiknüppel die nationalistische und bolschewistische Entartung nicht in ihren Wurzeln treffen kann, liegt auf der Hand. Die Polizei kann sich nur mit den Auswirkungen der Entartungserscheinungen befassen. Darin sind wohl alle Wissenden längst einig, dass die deutsche Republik, d.h. nicht nur die Staatsform, sondern die ganze Aufbauarbeit zur Schaffung eines sozialen Volksstaates, eines gesünderen Volks und einer besseren Menschheit auf die Dauer lediglich nicht durch materielle staatliche Machtmittel gesichert werden kann. Hierfür sind andere Kräfte, geistige und seelische, notwendig. Diese Kräfte können sich aber erst richtig entfalten, wenn der Kampf um die Notdurft des Lebens, um die Sicherung des nackten Lebens, der Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit und gegen die damit vielfach verbundenen traurigen Erscheinungen mit einigem Erfolg durchgeführt worden ist. Sicherung der Existenz der Arbeitslosen, auch der jugendlichen Arbeitslosen, Schaffung gesünderer Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, Verlängerung der Schulpflicht usw. - das alles will eine wesentliche Unterstützung für die Polizei in ihrer schweren Arbeit zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutz des Volkes vor Entartungserscheinungen. Auch ein energischer Kampf um Senkung der Preise, ein Kampf um billigeres Brot wäre Hilfe für die Polizei in ihrer Abwehr politischer und rein krimineller Exzesse. Hätten wir ferner einen besonderen Arbeitslosenschutz für die Jugendlichen, d.h. die Möglichkeit, all die jungen Arbeitskräfte, die ohne Stellung und Verdienst sind, von Müssiggang fernzuhalten, und während der Zeit der Arbeitslosigkeit fortzubilden oder edleren Vergnügungen zugänglich zu machen, dann wäre ebenfalls viel gewonnen - viel auch zur Eindämmung literarischen Schmutzes und Schundes in plumper oder raffinierter Aufmachung.

Der Gummiknüppel ist nur ein Notbehelf. Der preussische Innenminister würde sich glücklich schätzen, wenn der Polizei, die Tag für Tag Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen muss, durch wirksame soziale Hilfsmassnahmen Unterstützung zuteil würde. Wenn es z.B. der Reichsregierung gelänge, durch eine ausreichende Senkung der Preise die vom Lohnabbau heimgesuchte Arbeiterschaft zu beruhigen, dann würde das schnell dem Radikalismus viel Wind aus den Segeln nehmen. Und wenn die Germania nach dieser Richtung hin die vom Zentrum geführte Reichsregierung zu entscheidenden Taten anspornen könnte, dann würde sie damit sehr wertvolle Vorarbeit zur Trockenlegung eines Sumpfes leisten, der unser Volk und vor allem seine Jugend verseucht und vergiftet.

SPD. In den Schlichtungsverhandlungen über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau, die am Donnerstag in Essen begannen, beharrten die Unternehmer auf ihrer Ablehnung der von den Gewerkschaften geforderten Wiedereinführung der 7-Stundenschicht. Sie betonten, sie müssten darauf bestehen, Ueberschichten verfahren zu lassen, damit sie in Zeiten einer günstigen Konjunktur Spielraum hätten. Verkürzung der Arbeitszeit erhöhe die Selbstkosten und verhindere die Preissenkung, sie schränke den Absatz weiter ein und vergrössere die Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften wiesen nach, dass die Beseitigung der Mehrarbeit im Ruhrbergbau wirtschaftlich durchaus tragbar sei. Selbst wenn die Behauptung der Lechenvertreter, sie arbeiteten gegenwärtig ohne angemessenen Gewinn, richtig wäre, sei die Mehrarbeit nicht zu rechtfertigen, da angesichts der aussergewöhnlichen Not, unter der gegenwärtig die Volksmassen zu leiden haben, privatwirtschaftliches Gewinnstreben zurückstehen müsse. Ausschlaggebend sei die Forderung auf Milderung der aussergewöhnlichen Arbeitslosigkeit. Dazu könne aber nur eine Verkürzung der Arbeitszeit führen, da selbst eine ausgesprochene Hochkonjunktur die Arbeitslosigkeit nicht völlig beseitigen könne. Schliesslich hätten die Ruhrbergarbeiter ein starkes moralisches Anrecht auf die Wiedereinführung der 7-Stundenschicht, da diese in dem anormalen Wirtschaftsjahr 1923 beseitigt worden sei mit der ausdrücklichen Zusicherung, nach Erlangung der Friedensleistung werde wieder eine kürzere Arbeitszeit kommen.

Die Verhandlungen führten nicht zu einer Annäherung der beiden Parteien. Es wurde daher eine kleine Kommission gebildet, bestehend aus je 6 Vertretern der beiden Parteien. Die Kommission soll, wenn es zu keiner Vereinbarung kommt, als Schlichterkommission fungieren.

SPD. Die Lohnverhandlungen der Rheinschiffahrt, die dieser Tage in Duisburg stattfanden, sind endgültig gescheitert. Gegenüber der Forderung der Arbeitgeber auf Lohnabbau bestehen die Gewerkschaften darauf, dass zur Herbeiführung eines Lohnausgleichs zwischen der deutschen und ausländischen Rheinschiffahrt zunächst einmal die keineswegs geringen Möglichkeiten erschöpft werden, ehe zu dem bequemen Mittel des Lohnabbaus gegriffen werde. Ausserdem sei es Aufgabe der Arbeitgeber, der zügellosen und verheerenden Konkurrenz, mit der sie sich gegenseitig wirtschaftlich zerfleischten, ein Ende zu machen.

Die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder aufgefordert, jeden Versuch der Arbeitgeber Einzelvereinbarungen mit den Mannschaften herbeizuführen, aufs strikteste abzulehnen. Die Organisationen werden alle Massnahmen der Arbeitgeber, die auf Lohnabbau hinzielen, mit den ihnen geeignet erscheinenden schärfsten Mitteln abwehren.

SPD. Am Mittwoch hat in Berlin der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu dem Berliner Metallschiedsspruch Stellung genommen. Alle Vertreter der 17 Bezirke berichteten, dass überall die Mitgliedschaft von Empörung und Erbitterung erfüllt sei. Man befürchte eine Anwendung des Berliner Spruchs auf das ganze Reich.

Das Verdammungsurteil des Beirats über das Lohnabbau-Diktat kam in folgender Entschliessung zum Ausdruck:

"Der am 12. November 1930 in Berlin versammelte erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht dem Vorstand, der Ortsverwaltung und den Berliner Kollegen die Anerkennung aus für den unter ungünstigen Verhältnissen aufgenommenen und durchgeführten Kampf gegen den von den Metallindustriellen geforderten Lohnabbau, der auch noch von der Schlichterkammer unter Dr. Völckers durch einen unerträglichen Schiedsspruch unterstützt wurde. Die Abwehr war unerlässlich, weil dieser amtliche Schiedsspruch und seine drohende Verbindlicherklärung die verhängnisvollsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen haben musste. Deshalb wandte sich auch die Mehrheit des Reichstages und die breiteste Öffentlichkeit gegen eine Verbindlicherklärung des unverständlichen Schiedsspruchs.

Um so empörender ist der unter dem Vorsitz von Dr. Brauns durch die drei Unparteiischen gefällte neue Schiedsspruch vom 8. November 1930, der als offener Betrug von den beteiligten Gewerkschaftsfunktionären- und Arbeitern und als eine Provokation von der gesamten Arbeiterschaft empfunden werden muss, um so mehr, als der bisherige Verlauf der Preissenkungsaktion, insbesondere für die notwendigen Lebensgüter, einer Verhöhnung der Arbeiterschaft gleichkommt. Der erweiterte Beirat hat kein Verständnis für das Verhalten des vom Verband benannten Unparteiischen Prof. Dr. Sinzheimer, der durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch, auch wenn er damit den Zweck verfolgte, einen noch schlimmeren zu verhindern, die Verantwortung für denselben mitübernommen und damit die beiden Unparteiischen entlastet hat. - Die Entscheidung der drei Unparteiischen ist eine Hilfe für die arbeiterfeindlichen Bestrebungen des gesamten deutschen Unternehmertums. Aber der Deutsche Metallarbeiterverband wird allen Angriffen gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bisher den grösstmöglichen Widerstand entgegensetzen. - Die reaktionären Attentate gegen die Berliner Arbeiterschaft sind aber nur möglich infolge der die Arbeiterbewegung zersetzen und zermürbenden Tätigkeit der Kommunistischen Partei, die selbst in diesem schweren Berliner Kampfe ihre Aufgabe lediglich darin sah, die Arbeiter gegeneinander zu hetzen, um sie zu schwächen. Diesem verbrecherischen Handelnsetzte die Kommunistische Partei Deutschlands die Krone auf durch die Bildung einer neuen Organisation, die zur Interessenvertretung der Arbeiter unfähig ist, auch keine Kampforganisation der Arbeiter gegen die kapitalistische Reaktion und die Scharfmacher, sondern eine mit den gemeinsten Mitteln arbeitende Kampforganisation gegen die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter sein soll.

Die von der KPD. aufgestellte Behauptung, dass die Ortsverwaltung Berlin oder irgendeine andere Körperschaft oder Person des Deutschen Metallarbeiterverbandes den letzten Schiedsspruch vorher gekannt, ja, denselben mitveranlasst habe, entspringt nur der niedrigsten Gesinnung; ist eine Infamie und wird mit der grössten Verachtung zurückgewiesen. - Der erweiterte Beirat brandmarkt dieses arbeiterverräterische Verhalten der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer sogenannten RGO. und fordert alle denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und des ganzen Reiches auf, diesem arbeitschädlichen Treiben Halt zu gebieten. Er ruft angesichts der dauernden Verschärfung der Klassengegensätze die Metallarbeiterschaft zur höchsten Geschlossenheit und Solidarität und zur unermüdlichen Störkung der Macht und des Einflusses des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf. Besonders an die Metallarbeiter Berlins ergeht der Aufruf, aus dem Verlauf des Kampfes die Lehre zu ziehen, dass nur durch festgefügte, innerlich geschlossene Organisation aller Metallarbeiter im Deutschen Metallarbeiterverband den Unternehmern der erforderliche Widerstand geboten werden kann."

+

In der Aussprache wurde sehr scharf kritisiert, dass die drei Unparteiischen ihre Aufgabe vollkommen verkannt haben. Sie seien berufen gewesen, in dem Streik zu vermitteln und zu schlichten, und wenn sich auch die Metallarbeiter von vornherein ihrem Spruch unterworfen hätten, so habe der Spruch doch kein reines Diktat werden dürfen. Die Unparteiischen hätten wenigstens den Versuch machen müssen, den berechtigten Erwartungen der Arbeiter zu entsprechen. Jetzt sei es so weit gekommen, dass in Zukunft die Gewerkschaften kaum mehr bereit seien, sich einem Schiedsspruch von vornherein zu unterwerfen.

Besonders unangenehm wurde vom Beirat die Mitteilung aufgenommen, dass Sinzheimer während der ganzen Dauer der Schiedsgerichtsverhandlung auch nicht ein einziges Mal versucht habe, mit der Verhandlungskommission der Metallarbeiter Verbindung aufzunehmen. Durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch habe Sinzheimer jenen infamen Verleumdern Vorschub geleistet, die behaupten, dass der Deutsche Metallarbeiterverband ein abgekateres Spiel getrieben habe.

Volle Einmütigkeit bestand im Beirat darüber, dass nunmehr im Lande der Widerstand gegen Lohnverschlechterung mit aller Kraft geführt werden müsse.

SPD. Essen, 12. November (Eig. Drahtb.)

In den Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau wurde am Mittwoch Abend folgender Schiedsspruch gefällt: Die bisherige Arbeitszeitregelung wird bis zum 30. September 1931 verlängert. Die erstmalige Kündigung ist am 1. August 1931 zum 30. September 1931 möglich. Ueber die Schichtzeit an Betriebspunkten mit höheren Temperaturen (28 Grad Celsius) wird später nochmals verhandelt werden. Die Erklärungsfrist zum Schiedsspruch läuft bis zum 17. November.

Wie wir erfahren, werden die Gewerkschaften den Schiedsspruch ablehnen. Der Zechenverband erklärt in seinem Kommuniqué, dass die Nachverhandlungen wahrscheinlich in der letzten Novemberwoche in Berlin stattfinden werden.

SPD. Essen, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der Verband der rheinisch-westfälischen Strassenbahnen hat in der Absicht, die Löhne auf den Stand von 1927, also um 11,7%, zu senken, das Lohnabkommen zum 30. November gekündigt und den Schlichter angerufen. Die vorhergehende Führungnahme mit den Gewerkschaften hatte zu keiner Verständigung geführt. -

Das Lohnabkommen war seit Mai 1929 in Kraft. Von der Kündigung werden etwa 14 500 Strassenbahner im Gebiet von Duisburg bis Hamm betroffen. Schon seit längerer Zeit wird bei fast allen Bahnen dieses Gebietes verkürzt oder mit Feierschichten gearbeitet. Dadurch hatten die Strassenbahner bereits einen erheblichen Lohnausfall. Sie können sich daher den vom Arbeitgeberverband geforderten Lohnabbau unmöglich gefallen lassen.

SPD. Der Allgemeine Niederländische Bergarbeiterverband fordert eine Reform des Grubenstatuts von 1908, um den Siebensturentag für die Bergarbeiter zu erzielen, wobei der 7 1/2 Stunden-Tag als Übergang dienen könne. Den heutigen Durchschnittstageslohn von 5,90 Gulden betrachtet der Verband als zu niedrige Entlohnung. Zur Klärung der Einflüsse der Rationalisierung auf die Leistungsfähigkeit des Bergarbeiters und die Sicherheit im Grubenbetrieb fordert er die Durchführung einer besonderen Erhebung.



Appell der Städte.

Durch Rückführung der Brotspannen könnten jährlich in Deutschland 150 Millionen Mark erspart werden.

SPD. Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der deutschen Städte, hat Gelegenheit genommen, nochmals auf die Notwendigkeit einer Preissenkung für die wichtigsten Lebensmittel hinzuweisen. Zur Beurteilung der ganzen Sachlage unterbreitet der Städtetag folgendes Material:

Zur Beurteilung der Möglichkeiten bei der Brotpreissenkung ist allein die Bruttoverdienstspanne beim Bäcker von Bedeutung, da die Roggen-Mehlspanne (Mühlenerlös) gegenüber der Vorkriegszeit in Berlin nur unerheblich gestiegen ist (1913 1,6 Pfg., 1930 1,8 Pfg. je kg. Brot). Die Bruttoverdienstspanne des Bäckers hat in allen Städten, wenn auch unterschiedlich, im Verlaufe der Jahre eine starke Ausweitung erfahren.

In Berlin betrug die Bruttoverdienstspanne je kg Roggenbrot 1913 12,7 Pfg., 1926 16,1 Pfg., 1929 20,5 Pfg., 1930 bisher 20,6 Pfg. Mit 62 bis 65 v.H. Steigerung liegt die Bruttoverdienstspanne erheblich höher als der Lebenshaltungsindex. In einzelnen Städten, z.B. in Köln, ist die Verdienstspanne noch grösser sie betrug 1926 18,8 Pfg., 1929 27,2 Pfg. und 1930 (erstes Wirtschaftsjahr) 31,2 Pfg.

Die Durchschnittspreise für das meist gekaufte Brot weisen ebenso wie für Weizenkleingebäck seit 1926 bei sinkenden Mehlpreisen eine steigende Brutto-spanne zwischen Mehlpreisen und Brotpreisen auf, und zwar vor allem in den Monaten nach stärkeren Preiseinbrüchen am Getreide- und Mehlmarkt. Eine solche Ausweitung der Bruttospanne findet in der Unkostenentwicklung keinesfalls eine Rechtfertigung. Der zwischenörtliche Preisvergleich stellt mit seinen Ergebnissen die Angemessenheit der Brotpreise vollends in Frage. Hierbei zeigen sich Unterschiede in der Bruttospanne bis zu 100 v.H. selbst zwischen Grosstädten wie Dresden und Breslau auf der einen und Köln und München auf der anderen Seite. Auch bei Berücksichtigung objektiver Kostenunterschiede (Löhne) bleiben Unterschiede zwischen Köln und Breslau von 10 Pfg. je kg (20 v.H.) des Kölner Brotpreises, noch höhere Gewinnunterschiede zwischen Mittelstädten wie Frankfurt a.O. und Flensburg.

Die unberechtigten Ueberhöhungen der Bruttoverdienstspannen belasten den Konsum in Deutschland beim Brot mit 100 - 150 Mill. RM jährlich.

Bei Fleisch fehlt es zur Zeit noch an abschliessenden exakten Ergebnissen. Nach den bisherigen Feststellungen liegt jedoch auch vielfach die Handelsspanne im Fleischergewerbe beträchtlich über der allgemeinen Steigerung des Lebenshaltungsindex. Ebenso werden die Spannungen bei Milch einer Nachprüfung zu unterziehen sein.

Bei den Kartoffeln ist der Preisvergleich wesentlich schwieriger wegen des ungeklärten Sortenproblems im Kleinhandel. Im Kartoffelhandel hat sich sowohl beim Grosshandel als beim Kleinhandel vielfach eine starke Ueberhöhung der Handelsspanne ergeben. Während in Berlin z.B. 1925/26 der Kleinhandelspreis 82% über dem Erzeugerpreis war, lag er im Oktober 1930 um 138% über dem Erzeugerpreis. 1913/14 betrug die prozentuale Erhöhung des Kleinhandelspreises gegenüber dem Erzeugerpreis nur 51%.

Die Kleinhandelsspanne im Berliner Kohlenhandel hat sich beispielsweise nicht nur gegen 1913, sondern auch fortlaufend gegenüber den Jahren 1925, 1926 und 1927 erhöht. Sie betrug bei Braunkohlenbriketts in Berlin im Jahre 1913 0,85 RM. 1926 1,35 RM., 1928 1,45 RM., Oktober 1930 1,52 RM.

Der Deutsche Städtetag kommt zu dem Schluss, "dass es ausgeschlossen ist, Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen und privaten Wirtschaft eine Einkommenssenkung in dem vorgesehenen Ausmass zuzumuten, wenn es nicht gleichzeitig und in vollem Umfang gelingt, die Gewinnspannen, insbesondere auch durch örtliche Einwirkung, herabzudrücken." Der Städtetag will keine zwangswirtschaftlichen Massnahmen vorschlagen. Auch er entscheidet sich, in Uebereinstimmung mit Anregungen, die an dieser Stelle bereits gemacht worden sind, mehr für eine Durchleuchtung der ganzen Materie. Darüber schreibt er folgendes:

Es ist heute nötiger als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten Jahren, örtlich für eine klare Preisberichterstattung zu sorgen und die Oeffentlichkeit von den tatsächlich bestehenden Preisunterschieden in geeigneter Form zu unterrichten. Besonders geeignet erscheinen hierfür laufende Veröffentlichungen der Brot- und Gebäck-, sowie Kartoffel- und sonstigen Preise und zwar namentlich der niedrigsten Preise unter Nennung des betr. Stadtteils und der betr. Strasse, wo die Feststellung getroffen war. Ebenso ist es erforderlich, durch Verhandlungen mit den Innungen, Händlerorganisationen und Konsumvereinen zu einer Klarstellung und Senkung der Bruttoverdienstspanne zu kommen und die gegenwärtigen Spannungen durch Vergleich von Stadt zu Stadt nachzuprüfen. Gleiche Massnahmen erscheinen auch hinsichtlich der Mehl- und Kartoffel-Ein- und Verkaufspreise und anderer wichtiger Lebensmittel nötig. In einzelnen Städten haben bereits erfolgreiche Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung, Gewerbe, Handwerk und Handel stattgefunden; es gilt, Gleiches überall zu erreichen. Die Städte werden sich dieser überaus wichtigen Frage mit aller Energie annehmen und rufen die Oeffentlichkeit, insbesondere die Verbraucher selbst, die es am unmittelbarsten angeht, auf, sie in dieser Frage, die Stadt und Land in gleicher Weise angeht und nur von Stadt und Land gemeinsam gelöst werden kann, nach Kräften zu unterstützen.

SPD: Zu den Zugstücken der Mittelstandspropaganda in Deutschland gehört die gute, alte Zeit, wo alles viel anders und natürlich besser war als heute. Wenn man diese "gute, alte Zeit" einmal unter die Lupe nimmt, ergibt sich, dass der Mittelstand in der neuen Zeit ganz gut auf seine Kosten gekommen ist. In der sogenannten guten alten Zeit war es so, dass während der Wirtschaftskrise die Löhne aber auch die Preise zurückgingen und die Statistik beweist, dass die Preise zuerst zurückgingen und viel mehr als die Löhne.

Das ist heute anders. Die Löhne sind gesunken, die Preise nicht. Selbstverständlich ist die Staatsform, die Republik, nicht daran schuld, sondern das überhand nehmende Kartellwesen, das gerade den Kleinhandel mehr erfasst hat als die breite Oeffentlichkeit gemeinhin denkt. Ein Ausdruck sind die steigenden Handelsspannen, die Zuschläge, die der Kleinhandel nimmt. Die Handelsspannen sind durchaus überhöht. Auf die überhöhten Handelsspannen geht z.B. die Preisüberhöhung für wichtigste Lebensmittel zurück. Folgende Ausführungen beweisen das:

Das Jahr 1927 war ein Jahr mit festen Preisen. Als dann die Weltmarktpreise und Grosshandelspreise sanken, vergass der Kleinhandel, seine Preise den sinkenden Weltmarkt- und Grosshandelspreisen anzupassen. Für Speisekartoffel machte die Kleinhandelsspanne 1924/25 im Jahresdurchschnitt 75 Pfennige aus. Sie stieg dann von Jahr zu Jahr und erreichte im Jahre 1929/30 den Rekordstand von 155 Pfennigen. Man sucht vergeblich nach einer Begründung. Die Ernte kann schlecht oder gut ausfallen - in diesem Jahr ist sie dazu noch gut ausgefallen, der Grosshandelspreis kann hoch oder niedrig sein, alles das hat mit der Ueber-

höhung der Kleinhandelsspanne nichts zu tun. Es muss doch möglich sein, zu den kleineren Vertriebsspannen, die vor dem Preisaufstieg des Konjunkturjahres 1927 genügten, in der jetzigen Niederdrucksperiode zurückzukehren. Auch bei der Butter zeigt sich eine ungerechtfertigte Spannenausweitung, die leider infolge der äusserst unzulänglichen und ungleichmässigen Erhebungsmethode in den einzelnen Städten nicht für das Reich und auch nicht einmal für die Gesamtheit der grösseren Städte mit Sicherheit festgestellt werden kann. Man darf aber doch das Beispiel einer grossen Industriestadt in Sachsen als typisch annehmen, wo die Spanne 1926 nur 120,28 ausmachte, dann auf 136,83 anstieg und sich in der schweren gegenwärtigen Krise nur auf 128,25 senkte.

Sehr eindeutig ist dagegen die Spannenausweitung bei Weizen- und Roggenmehl. Auf der Grundlage der Berliner Zahl ergibt sich folgendes Bild: Noch 1926 rechnete man mit einer Kleinhandelsspanne Weizenmehl von noch nicht 15 Mark, im nächsten Jahr beträgt sie schon 22,42, steigt dann weiter auf 24,95, um leicht zu fallen (24,58 Mark im Jahresdurchschnitt 1929), was, gemessen an den Vorjahren, immer noch eine Ueberhöhung ausmacht. Beim Roggenmehl sind die Ziffern für die letzten 4 Jahre 9,98 zu 10,61 zu 13,42 zu 14,06 Mark.

Wir wollen dem Mittelstand seine sentimentalen Regungen für die gute, alte Zeit lassen. Wir fordern aber von ihm, dass das nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschieht. Es ist zu verlangen, dass normalere Spannen im Kleinhandel wieder hergestellt werden.

SPD. Im Reichsernährungsministerium haben am Mittwoch Verhandlungen mit den interessierten Gruppen über die Möglichkeit einer Preissenkung für Obst und Gemüse stattgefunden. Hinzugezogen waren auch die Konsumgenossenschaften, die Warenhäuser und Vertreter der Hausfrauenvereine. Die Verbände haben versprochen, auf ihre Mitglieder einzuwirken, dass diese - wie der Sprachgebrauch jetzt ist - "äusserst kalkulieren". Im übrigen sollen Preisbildung und Preisbewegung für die derzeit wichtigsten Gemüse- und Obstsorten einer fortlaufend genauen Prüfung unterzogen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Die Arbeit wird in den nächsten Tagen in Angriff genommen.

Eine Durchleuchtung auf diesem Gebiet ist durchaus notwendig. Auch hier stehen sich die Meinungen gegenüber. So ergibt die in der Statistik verwertete Beobachtung der Marktpreise eine Spanne von 100 und mehr Prozent bei den billigen Gemüsesorten, wie Mohrrüben, Weisskohl, Wirsing usw. Die Händler behaupten dagegen, dass die Spanne höchstens 30-40 % betrage. Das trifft aber nur für die teuren Gemüsesorten (Tomaten, Blumenkohl usw.) zu.

Im übrigen sehen wir uns verpflichtet, auf ganz grosse Auswüchse im Gemüsehandel hinzuweisen. Der holsteinische Kohl kostet an Ort und Stelle pro Zentner 30 Pfennige. Wenn es gut geht, erzielt der Produzent 50 und 60 Pfennige. Derselbe Kohl wird in Berlin pro Pfund mit 7 und 8 Pfennigen bezahlt. Das ist eine Spanne von 1000 % und mehr.

Ebenso steht es bei Zwiebeln. Der Zentner wird in Calbe (Bezirk Magdeburg) mit 1 Mark bezahlt. Der Grosshandel nimmt 3 bis 4 Mark. In Berlin steigt der Preis auf 10 Mark. Die Spanne liegt um 1000 %. Selbst der Handel wird nicht behaupten können, dass diese Aufschläge gesund und volkswirtschaftlich gerechtfertigt sind.

SPD. Der Bäckerkrieg in Berlin ist immer noch nicht beigelegt. Während die kleinen Bäcker erklärt haben, die Preissenkung von 4 Pfennigen pro Brot im Gewicht von 1250 Gramm durchzuführen, behaupten die Brotfabrikanten immer noch, dass nur eine Ermässigung um 2 Pfennige möglich sei. Die Front der Brotfabrikanten kann aber bereits als erschüttert gelten. So haben sich die grossen Brotfabriken auf den Standpunkt gestellt, dass sie selbst die Brotpreissenkung um 4 Pfennige mitmachen könnten, dass sie aber davon absehen müssten, weil sie sonst den kleinen Brotfabriken in den Rücken fielen. Das Brotkartell verhindert hier augenscheinlich die Durchführung der notwendigen Brotpreissenkung und die Brotfabrikanten müssen sich sagen, dass dieses Spiel nicht ohne Bedenken ist. Bis jetzt hat die Regierung von der verschärften Kartellverordnung keinen Gebrauch gemacht. Die Haltung von Kartellen, wie sie sich im Berliner Fall zeigt, muss aber die Regierung dazu zwingen. Die Brotfabrikanten wissen aber auch allzugenu, dass die Regierung auch noch andere Mittel hat, um den nötigen Druck auf sie auszuüben. Wir hoffen, dass die Regierung mit ihrem Material nicht hinter dem Berg halten wird, falls das Brotkartell in Berlin sich weiter weigert, volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Mit der Haltung der Brotfabriken wird abermals die Kostenfrage für die Brotfabrikation aufgeworfen. Ohne Zweifel produzieren die Brotfabriken billiger als die kleinen Bäcker. Bei den kleinen Bäckern dürfte sich der Vertrieb billiger stellen. Der kleine Bäcker kann auch höhere Gewinne durch Weissgebäck erzielen, was bei den Brotfabriken nicht möglich ist. Bei den grossen Brotfabriken dürfte aber die billige Produktion einen Ausgleich sicherstellen. Bei den kleineren Brotfabriken ist das weniger der Fall. Sie haben aber einen Ausgleich im Spezialbrot, das besonders von kleineren Brotfabriken hergestellt wird. Ein Grund also, dass sich die kleineren Brotfabriken weigern, die Brotpreissenkung mitzumachen, liegt nicht vor.

SPD. Essen, 12. Nov. (Eig. Drahtb.)

Zu den im Ruhrgebiet verbreiteten Gerüchten einer Interessennahme der Vereinigten Stahlwerke an der Guten Hoffnungs-Hütte erklärt der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Guten Hoffnungshütte, Haniel, dass es unwahr sei, dass eine Bank ein grosses Paket Aktien der Guten Hoffnungshütte gekauft habe, dass Werner Carp nicht daran denke und auch nicht daran gedacht habe, sich in den Aufsichtsrat der Guten Hoffnungshütte wählen zu lassen, und dass Generaldirektor Reusch nicht die Absicht habe, zurückzutreten.

+ + +

Dass Verkauf eines Aktienpaketes der Guten Hoffnungshütte durch ein Mitglied der Familie Haniel drohte, weil dieses Mitglied der Meinung war, die Gute Hoffnungshütte könnte eine höhere Dividende zahlen. Dieses Mitglied wird ja schon wissen, was es gefordert hat und dürfte für sich in Anspruch nehmen können, dass es schon in der schweren Industrie Bescheid weiss. Dass die schwere Industrie eine höhere Dividende zahlen kann als sie tatsächlich zahlt, beweist die Tatsache, dass die Gutehoffnungshütte vor kurzem ihre Dividende um 1% erhöht hat. Das scheint in der Firma Haniel wieder gutes Wetter gemacht zu haben.

SPD. Kopenhagen, 12. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die dänische Nationalbank hat am Mittwoch ihren Diskont von 4 auf 3½% herabgesetzt. Dieses entspricht einem lange gehegten Wunsch des dänischen Wirtschaftslebens.

Zurückhaltung am Mehlmarkt.

(Berliner Getreidebörse vom 12. November.)

Da sich an der Berliner Produktenbörse grösseres Deckungsbedürfnis für Roggen bemerkbar machte, konnten sich die Preise merklich befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Roggennotierungen um ca. 3 Mark fester. Effektive Ware blieb knapp angeboten und gewann daher gleichfalls ca 3 Mark. In Weizen war das Angebot stärker. Indessen waren auch hier die Forderungen höher, sodass sich Preissteigerungen von ca. $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark am Lieferungsmarkt wie im Prompthandel ergaben. Die Forderungen für Mehl waren zwar heraufgesetzt, wurden aber von den Käufern, die sich sehr zurückhielten, kaum bewilligt, Hafer hatte etwas freundlichere Tendenz.

	11. November	12. November.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	24 - 248	249 - 250
Roggen	152 - 154	154 - 156
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriergerste	168 - 178	169 - 179
Hafer	141 - 151	141 - 151
Weizenmehl	29,00-37,50	29,00-37,50
Roggenmehl	24,15-27,25	24,25-27,25
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,50- 8,00	7,50- 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 264 $\frac{1}{2}$ (Vortag 262 $\frac{3}{4}$), März 279 (277 $\frac{1}{2}$), Mai 285 (284). Roggen Dezember 174 (170 $\frac{1}{2}$), März 189-188 (185 $\frac{3}{4}$), Mai 194 $\frac{1}{2}$ -194 (192). Hafer Dezember 153 plus Geld (152), März 169 (167).

SPD. Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats über die Möglichkeiten einer Preissenkung bei den Markenartikeln sind in der Hauptsache zum Abschluss gelang. Die Reichsregierung hatte den Reichswirtschaftsrat seinerzeit mit der Untersuchung auf dem Gebiet der Markenartikeln beauftragt, um gewissermassen einen Zwang auf die Markenartikelfabrikanten auszuüben. Sie sollten bewogen werden, von sich selbst aus eine Preissenkung vorzunehmen. Das ist bisher in nur unzureichendem Masse erfolgt. Bei der Wichtigkeit der Markenartikel für die Kosten der Lebenshaltung ist es erforderlich, dass die Regierung eine generelle Ermächtigung bekommt, die Preisbindungen für Markenartikel aufzuheben. Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, haben sich aber gegen eine solche generelle Ermächtigung gerade wieder mal die Unternehmervertreter ausgesprochen,

Es ist ein hübsches Doppelspiel, das die Unternehmer treiben. In der Öffentlichkeit fordern sie Lohnsenkungen und führen Lohnsenkungen durch, wobei sie sich auf den Preisabbau berufen. Im Reichswirtschaftsrat aber erklären sie sich gegen den Preisabbau.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 3. bis 8. November 1930 auf 94,4 gegenüber 95,7 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 90,1 (91,6), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 83,4 (84,7) und Gruppe Handel und Verkehr auf 117,2 (118,6).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 12. November 1930

Die Fliege.^x

Von M. Comert

SPD. Es war ein klarer, stiller Herbsttag, an dem die Sonne in reifen Früchten funkelte. Alles war so friedlich und gut. Die Uhr schlug drei, als der Bauer Antoine Baroux von einer Leiter fiel, auf deren oberster Sprosse er gestanden hatte, um vom Spalier Weintrauben zu pflücken. Er hatte nicht etwa eine Sprosse verfehlt - nein - er fiel nur herunter, weil sein Stündchen gekommen war und sein schwaches Herz nicht länger das schwere Blut tragen konnte.

Seine Frau und die Magd, die im Keller einkochten, hörten das Geräusch. Einen Augenblick sahen sie sich entsetzt an - sie hatten begriffen... Sie stürzten die Treppe hinauf und fanden ihn auf dem Erdboden liegend mit halbgebrochenen Augen und einem klaffenden Munde, der einem dunklen Loch glich. Das Mädchen schrie wild um Hilfe, während sich die Frau schluchzend auf ihn stürzte. Sie versuchte, ihren Arm unter seinen grossen, ergrauten Kopf zu schieben, um ihn ein wenig hoch zu heben. Dieser Kopf war plötzlich so unheimlich schwer geworden. Er atmete, Schwer, stossweise, rasselnd. Die Knechte kamen angerannt und trugen ihn ins Zimmer, legten ihn aufs Bett. Was auch nur getan werden konnte, geschah.

Der Arzt erschien, konnte jedoch nicht viele Hoffnungen machen. Es wurde ein Aderlass gemacht, um der Frau den Willen zu tun, denn sie verlangte, dass um jeden Preis etwas geschehe. Sie beugte sich über den Mann und bettelte ihn mit ihren Blicken um ein Wort oder ein Zeichen der Zärtlichkeit an. Umsonst. Antoine Baroux konnte weder die Augen bewegen noch sprechen. Er war vollkommen unbeweglich. Das Bewusstsein war jedoch zurückgekehrt. Er sah und hörte alles - verstand alles. Er vernahm das Lamentieren seiner Frau und wusste, dass er würde sterben müssen. Er sah, wie sich die Nachbarin im Lehnstuhl zurechtsetzte, um Handreichungen zu machen. Er sah auch das Mädchen, wie es Kaffee kochte - aber niemand konnte sehen, dass er etwas fühlte oder dachte.

Da kam plötzlich eine Fliege herangesummt. Eine schwere, plumpe Herbstfliege, die sich langsam daherbewegte. Sie setzte sich auf die Hand des Bauern, die nicht mehr einer Abwehr imstande war. Sie fing an, darauf umherzukriechen. Der Sterbende sammelte seine Kraft, um zu rufen: "Jagt sie doch fort!" Aber kein Laut kam über seine Lippen - und niemand beachtete die Fliege.

Die Fliege kriecht von einem Finger auf den andern, so ruhig und souverän wie ein Bauer, der auf seinem Grund und Boden geht. Auf dem Daumen macht sie halt und reibt sich die Beine. Genau wie ein zufriedener Bauer, der sich die Hände reibt. Der Mann, der dem Tod entgegensieht und keine Kraft mehr in sich verspürt, atmet schwer. Er meint, dass die andern ihn doch verstehen und die Fliege zum Teufel jagen müssten. Seine Frau schluchzt unentwegt, die Nachbarin stiert im Lehnstuhl versunken vor sich hin, und das Mädchen rennt hin und her.

Die Fliege wandert. Sie kitzelt ihn - eine wahre Plage - ganz wild wird sie - kriecht hin und her, wie es ihr gerade passt. Sie krabbelt von Finger zu Finger und arbeitet sich schleppend über seine behaarte Hand. Endlich fliegt sie auf, aber nur, um sich in seinem Gesicht niederzulassen. Sie kriecht ihm über die Wangen, lässt sich in seinen Augenwinkeln nieder - auf seinen Lippen sogar.

Seine Frau und die Nachbarin trinken jetzt Kaffee, Sie sprechen über sei-

nen bevorstehenden Tod, denn sie meinen, dass er nichts hören kann. Die Fliege beherrscht sein Gesicht. Sie bleibt an einem Nasenflügel haften und reibt wieder ihre Beine - wie ein Bauer, der sich selbstzufrieden und schmunzelnd die Hände reibt, weil er ein neues Stück Land erworben hat. Der Sterbende macht allerhand Anstrengungen und versucht, energischer zu atmen. "Jetzt röchelt er!" sagt die Nachbarin, "jetzt ist es bald aus." Niemand ahnt natürlich, dass dieses Röcheln einen tieferen Sinn hat - dass es eine Bitte sein soll: "Jagt - doch endlich diese Fliege fort!"

Aber bevor die Seele den steifen Körper verlässt, sieht Antoine Dubouix wie eine plötzlich auftauchende Vision ein Bild aus alten Tagen. Er sieht sich selbst als Schuljungen. Eine Fliege ist ins Tintenfass gefallen - sie versucht herauszukrabbeln - er hätte ihr leicht helfen können - aber gedankenlos und grausam schubst er sie immer wieder in die schwarze Flüssigkeit hinein - jedesmal, wenn sie gerade dabei ist, die Freiheit wiederzuerlangen. -

In dieser Nacht hat die Fliege sich gerächt...

(Deutsch von Marieluise Henniger-Andersen)

Auf der Suche nach Alt-Trapezunt.^x

SPD. Seit zwei Tagen lagen wir an der Küste des Schwarzen Meeres. Das Zeltlager im Garten eines Kaffeehauses war dauernd umringt von neugierigen, stauenden Männern. Selbst die Offiziere aus der nahe gelegenen Kaserne kamen und tranken in diesem ärmlichen Lokal, an dem sie sonst sicher stolz vorbeigegangen waren, für drei Piaster ein Glas Tee. Der Wirt, ein geschäftstüchtiger Armenier nützte die Situation aus und schleppte immer neue Bekannte herbei, denen er unsere Wunderdinge zeigen musste. Schliesslich wurde es so toll, dass wir Absperrungsmaßnahmen ergreifen mussten und rund um unsern Zeltplatz mit Gletscherseilen und Eispickeln einen improvisierten Zaun errichteten. Der Andrang wurde nun zwar noch grösser, aber wir konnten wenigstens unsrer Arbeit nachgehen. Denn es gab bis zum Aufbruch ins Innere des Landes noch allerhand zu tun. Das Gepäck musste sorgfältig durchgesehen werden; alles Unnötige blieb am besten hier unten in Verwahrung, denn es bedeutete nur eine übermässige Belastung der Tragpferde. Zwischen diesem Sichten des unbedingt Notwendigen von Ueberflüssigem mussten noch die Händler abgefertigt werden, die mit den bestellten Nahrungsmitteln aus der Stadt kamen. Auch sie versuchten natürlich die Konjunktur auszunutzen und verlangten entsprechend hohe Preise. Erst nach langwierigem Wortgefecht unter Einschaltung unsres Uebersetzers Hassan konnten wir sie davon überzeugen, dass wir nicht gewillt waren, mehr als den üblichen Preis zu bezahlen. Einen ganz unverschämten Bäcker schickten wir einfach wieder fort. Seitdem stiegen wir in der Achtung der Leute, und keiner wollte sich noch einmal dieser Gefahr aussetzen. Zwischendurch erschienen noch offizielle Besuche. Der türkische Club schaute sich unsere Ausrüstung an und musste mit Erzeugnissen unserer eigenen Kochkunst bewirtet werden. Lehrer und Polizeigewaltiger des Ortes kamen persönlich, um sich diese seltene Unterbrechung ihres eintönigen Daseins in dem verlassenem Grenzplatz des türkischen Reiches zu besehen. Andre Leute, die aus dem Kriege oder von einer beruflichen Tätigkeit in Deutschland her, deutsch sprechen konnten, mussten über das Gebiet, die Wege und die Bevölkerung unsres Marsches nach dem wilden Bergland Lasistan ausgefragt werden.

So blieb nur wenig Zeit zu einem gemächlichen Faulenzerdasein, wie es eigentlich bei der Hitze, dem herrlich warmen Wasser und dem schönen Sandstrand angebracht gewesen wäre. Nur wenn der Schweiß bei der Arbeit allzu heftig floss, stürzte sich schnell einer in die weisschäumende Brandung und kehrte gewöhnlich vor einer Stunde nicht wieder zurück. Es war so wunderbar, in dem kristallklaren Wasser auf dem Rücken zu liegen, sich von der Sonne bescheinen

zu lassen und nichts zu denken... Erst der Mahnruf des Nächsten, der abgelöst sein wollte, machte meist diesem Geniesserdasein ein Ende.

Schliesslich war der letzte Nachmittag an diesem schönen Platz gekommen und für den nächsten Vormittag der Abmarsch angesetzt. Noch immer hatten wir nichts von der weiteren Umgebung gesehen. Dabei soll das sagenhafte alte Trapezunt der Griechen an der nächsten Landzunge westwärts gelegen haben. Ein Freund und ich lassen uns deshalb vom Leiter unsrer Excursion Freizeit geben, um photographische Aufnahmen zu machen und zugleich die Suche nach dem alten Trapezunt aufzunehmen. Wie wir mit unsern kurzen Kniehosen durch die Gassen des Ortes ziehen, erregen wir allgemeines Aufsehen. Im Gewimmel des Bazars versuchen wir, einige verschleierte Frauen zu photographieren, ohne dass sie es merken. Mit der Leica geht das rasch, sicher und unauffällig. Schliesslich kann man sich noch damit herausreden, dass es irgendein Messinstrument sei, denn es ist verboten, Frauen ohne ihre Einwilligung zu photographieren. Dann ziehen wir weiter, auf der breiten Landstrasse am Meer entlang, an Bauernhäusern und hohen Maisfeldern vorbei dem Hügelrücken zu, an dem noch die Reste der alten Griechenstadt zu sehen sein sollen. Ueberall begegnen uns Bauernfrauen mit schweren Lasten, die sofort bei unserm Anblick ihr Gesicht verdecken. Manche drücken sich sogar an den Strassenrand, bis wir vorüber sind. Es ist nicht etwa Scheu vor dem Unbekannten oder Furcht, die sie das tun lässt, sondern einfach die Erziehung, sich vor jedem fremden Manne zu verkriechen, dem eigenen aber dienendes Werkzeug zu sein. Denn kaum waren wir vorüber, so drehten sie sich alle nach uns um, und mit der Zeit bekamen wir eine solche Routine, dass wir diesen Zeitpunkt genau abpassten und einige Frauen sogar auf unsern Film bringen konnten. Unter den bunten Tüchern verbergen sich junge und alte Gesichter. Kaum fünfzehnjährige Mädchen müssen die schwersten Arbeiten verrichten. So ist es erklärlich, dass die älteren Frauen abgearbeitet, hässlich und müde sind. Doch die Jungen sehen uns mit der ganzen Glut ihrer orientalischen Schönheit an. Manche zieht auch nicht gleich wieder den Schleier über, wenn wir sie betrachten, sondern lächelt uns mit ihren braunen Augen unter den pechschwarzen Wimpern fröhlich an, bis sie von den andern fortgezogen wird.

Es ist zu gefährlich auf der Strasse. Die Männer sind rasend eifersüchtig und heissblütig, und die eingeborenen Lasen halten sogar noch an der Blutrache fest...

Der Weg wird immer heisser, staubiger und menschenleerer. Nur noch vereinzelte Häuser liegen in den Gärten versteckt, Verlockend glänzt das Meer in hellerschimmerndem Grün. In der Ferne raucht der Schornstein unsres Dampfers, der uns bis nach dieser letzten Station des türkischen Reiches, dicht an der russischen Grenze, gebracht hatte.

Ich werde misstrauisch, glaube nicht an die Existenz der Reste aus dem alten griechischem Weltreich, das sich einst bis nach Asien hin zog. Es ist mir schon gleichgültig, noch einige Ruinen zu sehen oder nicht. Mich verlangt nach Kühle, Erfrischung und Stillung meines ungeheuren Durstes. Deshalb biegen wir, als wir aus einem kleinen Seitenweg einige Frauen mit gefüllten Tonkrügen heraustreten sehen, nach dort ab und steigen über glatte Steinstufen nach einem kunstvoll angelegten Marmorbrunnen. Dichte Weinreben überdachen den schmalen Pfad. Fremdartiger, betäubender Blumenduft umnebelt unser müdes Hirn. Im Schatten einiger grosser Ahornbäume legen wir uns zum Ausruhen nieder. Aus ferneren Häusern schallt übermütiges Lachen. Wir glauben, nicht mehr auf unsrer qualerfüllten Erde zu sein, sondern im ewigen Garten Eden zu liegen, und fallen in die tiefen Träume, aus denen man niemals zu erwachen wünscht.

Wir werden beide zu gleicher Zeit durch ein helles Kichern geweckt und sehen eine ganze Gruppe junger, unverschleierter Frauen um den Brunnen stehen. Als sie merken, dass wir wach sind, machen sie sich schnell mit ihren Krügen zu schaffen. Doch es ist klar, dass sie nur unsertwegen stehen geblieben sind, die wir hier, ohne Gepäck und in solch seltsamer, nie gesehener Tracht, wie aus dem Himmel gefallen wirken müssen. Wir tun natürlich sofort wieder, als ob wir

weilerschließen, und betrachten durch einen schmalen Augenspalt belustigt die flüsternden, augenscheinlich ratlosen Frauen, die nicht wissen, wie sie sich unser plötzliches Erscheinen erklären sollen. Schliesslich werden wir übermüdig und versuchen, dieses wunderbare Bild unauffällig von der Erde aus zu photographieren. Doch die Frauen sind durch unsere Bewegungen aufmerksam geworden. Einige Vorsichtige verschwinden sofort; die andern knipsen wir schnell. Mitten in dieser Aufregung schallen vom Berge herab schwere Schritte. Die Frauen zerstreuen sich schnell nach allen Richtungen. Doch die nun um die Ecke biegenden Männer müssen den Lärm schon bemerkt haben. Misstrauisch und feindselig blicken sie uns an, die wir, so ohne jede Begründung da stehen und wahrscheinlich ein noch verätzteres Gesicht gemacht haben. Gefährlich sehen jetzt die zweischneidigen Lasenmesser aus, die am Gürtel baumeln, und über die wir am Morgen noch gelacht hatten, als unser Wirt erzählte, die Feinde seien früher dadurch getötet worden, dass man in jede Seite des Rückens einen der spitzen Dolche stiess. Wir halten es für das Beste, uns durch ein freundliches Lächeln zu decken. Doch auf diese Pose des Zivilisationsmenschen fallen diese Männer nicht herein, und unverhüllt feindselig blicken sie uns weiter an. Da bleibt uns nur der Rückzug. In schnellen Sprüngen erreichen wir die Strasse, die andern dicht hinter uns her. Sicher denken sie: jetzt haben wir sie ganz bestimmt. Wir aber sind froh, in belebtere Gegenden zu kommen, und jubeln fast auf, als der Ortskommandant wie ein Bote des Himmels mit ein paar Soldaten auf der Strasse erscheint und wir mit ihm nach der Stadt zurückkehren. Scheinbar ganz unbeteiligt laufen die erstaunten Männer hinterher.

Das war unser Ausflug nach Alt-Trapezunt....

Karl Moeller.

Danton und die Revolution.^x

SPD. Georges Danton ist aufs neue lebendig geworden, um eine kämpfende Generation mit seinem Kämpfermuth zu begeistern. (Hermann Wende; "Danton"; Ernst Rowohlt Verlag, Berlin). Bauernblut fliesst in den Adern dieses Sohnes der Champagne, der nach einer wild verspielten frühen Kindheit dreizehnjährig nach Troyes geschickt wird. Hier lebt er in der witzgewandten Schule des geistlichen Ordens der Oratorianer, die ihn nicht nur Latein und Griechisch, sondern auch Geschichte lehren und ihre Zöglinge in die aufstrebenden naturwissenschaftlichen Disziplinen des 18. Jahrhunderts einweihen.

1780, einundzwanzigjährig, kommt der junge Stürmer in eine Advokatenkanzlei nach Paris. Jahre des Lernens, des Genusses, aber auch des Reifens. Sieben Jahre später macht er seine eigene Kanzlei auf, die ihm sicher anfangs Zeit lässt, sich in die geistigen Strömungen seines Zeitalters zu versenken. Die Enzyklopädie der d'Alembert, Diderot, Voltaire wird ihm vertraut. Ihr revolutionärer Atem erfüllt ihn. Die Ereignisse der Zeit drängen Dantons Sinn bald aus dem Juristischen ins Politische. Am 1. Mai 1789 sind die Wahlen zur Einberufung der Generalstände, die seit 1614 nicht mehr zusammengetreten waren. Der drohende Staatsbankrott bringt die Kräfte, die zur Ordnung, zur bürgerlichen Ordnung drängen, in Bewegung. Am 14. Juli 1789 fällt die Bastille. Danton setzt sich an die Spitze der eben formierten Bürgermiliz seines Distrikts. Dieser Distrikt der Cordeliers war der glühende Kern von Paris, Danton die glühende Seele dieses Distrikts. Bald gehörte er auch zu den Vordersten in der Gesellschaft der Menschenfreunde, wie zuerst der Jacobinerclub hiess. Es war eine bewegte Zeit, in der es noch keine politische Ueberlieferung, keine politischen Programme, keine politischen Parteien gab. Jeder, der verantwortlich politisch handeln wollte, musste sich aus dem Strudel der Zeit erst seine Meinung gestalten: "Auch Danton empfing von niemandem seine politische Meinung. Von sei-

dem Liebling Diderot hatte er gelernt, dass die Souveränität in einem Einzelnen sitzen konnte und dann Monarchie genannt wurde oder im Volke sass und Demokratie hiess. Er war Demokrat... Ueber die politischen Abstraktionen Robespierres lächelte er und zuckte die Achseln über Marat, für den Politik etwas Ersitzbares und Etschwitzbares war. Nichts dergleichen! Auf die sichere Witterung für das Gebot der Stunde, auf das nie trügende Gefühl für die gegebenen Möglichkeiten, darauf kam es an..." Die Konstituante ging im Herbst 1791 auseinander. Die ungeheuren Kirchengüter waren zu etwa fünf Sechsteln an die zahlungsfähige Bourgeoisie übergegangen. Der Wille des Volkes war Gesetz geworden. Die Legislative, die gesetzgebende Nationalversammlung, begann nun ihr Werk. Es galt, der schwelenden Gegenrevolution Herr zu werden. Danton führt. Der König wird abgesetzt, der Nationalkonvent gefordert, das allgemeine und gleiche Wahlrecht verkündet. Es lebe die Demokratie!

Danton wird Justizminister. Er greift durch. Die verknöcherten Feinde der neuen, noch gärenden Ordnung werden durch junge, zuverlässige Republikaner ersetzt. (Die Geschichte wird zum Vorbild.) Danton führt im Ministerkollegium. "Inneres, Auswärtiges, Krieg, Marine, Finanzen - in jedes Fach griff er rücksichtslos ein". Die Souveräne Europas zittern um ihre Throne. Der Krieg steht vor der Tür. Die Republik ist in Gefahr. Danton alarmiert das Land; Millionen begeistern seine revolutionäre Energie. In Valmy kommen die feindlichen Söldnerheere zum Stehen. Goethe ("Die Kampagne in Frankreich") erkannte die Bedeutung dieses Tages. Eine neue Epoche der Weltgeschichte hatte begonnen. Mit dem Zusammentritt des Nationalkonvents hatte Danton auf sein Ministeramt verzichtet; Abgeordnete durften keine Minister sein. Er wollte Parlamentarier sein, dem Volk unmittelbar verantwortlich. Ein so begnadeter Redner wie er brauchte die Unmittelbarkeit der Wirkung. Danton ist im Auftrage des Konvents in Belgien, um dort nach dem Rechten zu sehen. Hier erreicht ihn die Nachricht von der Erkrankung seiner Frau, seiner Gabrielle. Er rast zurück nach Paris. Vergebens; sie ist schon unter der Erde. Sinnlose Wut sprengt diesen beherrschten Menschen. Doch kann er nur einen toten Leib aus dem Grabe herauswühlen.

Danton ist gegen den die Republik erschöpfenden Propagandakrieg. Einheit der Republik ist sein Ziel, Eintracht der Männer, die sie vertreten. Vergeblich mahnt er immer wieder. Aeussere und innere Schwierigkeiten werden seinen breiten Schultern aufgebürdet. Er wird in den Wohlfahrtsausschuss nicht wiedergewählt. Robespierre beherrscht unumschränkt den Apparat. Danton wird royalistischer Umtriebe beschuldigt und mit seinem Freunde Camille Desmoulins und Westermann verhaftet. Das Verfahren? Eine Farce. Die Revolution zerstampft ihren stolzen, lautersten Sohn. Auf dem Wege zur Guillotine bannt der Maler David das Antlitz Dantons für alle Zeiten: "Trotz, Stolz, Hohn, doch auch Ekel an der Gemeinheit des Daseins, Scham, so übertölpelt zu sein, und da Danton ein Mensch ist, gebändigt die menschliche Angst vor dem Tode."

So stellt Hermann Wendel in hinreissender Sprache die Gestalt Dantons vor uns hin. Seine Zeit, die Epoche des frühkapitalistischen Bürgertums, wird in exakten Zügen lebendig, befreit aus dem Staube sorgsam durchgearbeiteter Akten und Quellen. Der junge Georg Büchner hat einst versucht, die dichterische Ahnung von Dantons mächtiger Gestalt zu zeichnen. Hermann Wendel formt sie heute mit der Hand des erfahrenen Meisters. Gestaltete Geschichte! Lest und erfüllt euch mit ihrem Sinn!

J.P. Mayer.

SPD. Kartenspiel am laufenden Band.^x Zwei Männer spielen sechshundsechzig. Der eine gewinnt immerzu. Schliesslich sagt der andere ganz verärgert: "Kerl Du bist ja die reinste Nähmaschine!"

"Wieso?"

"Weil Du achtzig Stiche in der Minute machst."

Grossbritanniens Schatzamtskater.^x

Von C. Patrick Thompson (London).

SPD. Philipp Snowden, Schatzkanzler des Königreiches Grossbritannien, sass an seinem Schreibtisch im Schatzamt und rechnete und überlegte unablässig. Schwierige Probleme mussten gelöst werden; galt es doch, für Ausgabeposten im Betrage von zwanzig Millionen Pfund die budgetäre Deckung zu finden. Sollte er Erhöhungen der Bier-, Oel- oder Tabaksteuern vorschlagen oder etwa die Steuersätze für Personen, die mehr als fünfzehnhundert Pfund im Jahre verdienen, heraufsetzen? Während er so an seinem Budget von mehr als 500 Millionen Pfund rechnete, merkte er plötzlich, dass er Gesellschaft bekommen hatte. An seinem halbblahmen rechten Bein rieb sich schmeichelnd ein grosser sandgrauer Kater. Er hatte schon viel von diesem Kater gehört, aber bisher noch nicht seine Bekanntschaft gemacht. Man hatte ihm gesagt, dass der Kater ein mürrischer, ja, unfreundlicher Geselle sei, und ihn gebeten, ihm das nicht übelzunehmen. Hatte das Tier in diesem Augenblick die Wichtigkeit verfeinerter Umgangsformen gegenüber dem mächtigen Schatzkanzler Grossbritanniens erkannt? Es schien so.

Der sandgraue Kater trollte sich ans Feuer, das in einem offenen Kamin brannte, und blickte von dort auf den harten, energischen Mann am Schreibtisch. Der Mann erwiderte den Blick. Sogleich machte der Kater einen freundlichen Buckel und lagerte sich schnurrend vor die Füsse des Schatzkanzlers, als ob er sagen wollte: "Hier sind wir beide zu Hause. Wirklich ein reizender Mensch. Man muss ihn nur näher kennenlernen..." Der Kanzler hörte nicht auf, den Kater zu betrachten. Dann nahm er einen Notizblock zur Hand und schrieb: "Billige Erhöhung des Katzengebhalts!"

Und dies ist der Grund, warum England und alle seine Kolonien, Dominions und Protektorate vom Etatjahr 1930/31 bis in alle Ewigkeit hinein zwei Pence pro Tag mehr bezahlen müssen. - Es ist nur ein unbedeutender, kleiner Vorfall. Aber eine ganze Heldengeschichte, durchwoben von Ränkespiel und Kämpfen, vollendeter Diplomatie, schwierigen Problemen der Gleichberechtigung der Geschlechter, der persönlichen Uazwischenkunft hervorragender Persönlichkeiten geht ihm voraus. Ein Kanzler, der als geizig, unbeugsam und kalt gilt, der angeblich knickeriger mit Staatsgeldern umgeht als ein Schotte mit seinen Halfpennys, konnte einem Kater nicht widerstehen.

Wenn man durch das gewaltige Gebäude des Schatzamtes in Whitehall wandert, das übrigens weder Zentralheizung noch Lifts besitzt und bis zum Dache ausgefüllt ist mit Akten und Protokollen, von denen manche zweihundert Jahre alt sind, könnte man, besässe man Katzenohren, allüberall das unablässige, hastige, verstohlene Rascheln einer unzählbaren Menge Mäuse vernehmen. Das Londoner Schatzamt beherbergt ganze Königreichesamt Kolonien von Mäusen. Es ist doch wohl bekannt, dass Papier eine treffliche Grundlage für das Blühen und Gedeihen von Mäusezuchten bietet. Aber auf irgendeinem Gange begegnen wir sicherlich einem lautlos dahinschleichenden Kater, dessen Augen im Dunkel leuchten. Er ist es! Der Schrecken des Mäuserreiches, der Attila des Katzensgeschlechts, den wir eben auch im Büro des Kanzlers gesehen haben. Rufus, der Schatzamtskater, bekannt auch unter dem Namen Schatzamts-Bill. - Der erste Rufus soll mit Wilhelm dem Eroberer nach England gekommen sein. Der erste Schatzamtskater erscheint unter Heinrich VIII. in der Geschichte Englands. Der gegenwärtige Rufus - Rufus VI. - hatte schon einen guten Ruf, bevor er in den Staatsdienst trat. Er gehorchte seinem Vorgesetzten, zeigte sich aber unangebrachten Vertraulichkeiten abgeneigt.

Seit Menschengedenken sind die Rufuse des Schatzamtes im Budget vertreten; sie figurieren auf der Liste der Staatsverwaltung, die alljährlich dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt wird, mit einem Tagelohn von zwei Pence. Aber die Kosten des Lebensunterhaltes sind auch in England lange nicht mehr die gleichen wie vor dem Kriege. Löhne und Gehälter sind überall mit der Teuerung in Einklang gebracht worden. Die englischen Staatsbeamten beziehen ausser ihrem Grundgehalt

ein verwickeltes System von Zulagen, die nach dem Lebensmittelindex einer bestimmten Rechnungsperiode abgestuft sind. Rufus, der tüchtigste Kater in der Geschichte des Schatzamtes, hat an diesen Vorteilen nie teilgehabt. Um sein Gehalt zu erhöhen, ist ein besonderes Gesetz (Bill) notwendig; daher kommt sein Beinamen Schatz=amts=Bill. Dieser Bill wurde immer magerer. War er früher schon unfreundlich und unzugänglich gewesen, so war er nun griesgrämig zu nennen. Er gehorchte nicht mehr, wenn er gerufen wurde. Auch sein Eifer im Kampfe gegen das Mäusereich erschlaffte zusehends.

Eines Tages bemerkte Mr. Noel Curtis=Bennett, ein hoher Beamter des Schatzamtes, eine Maus, die frech über den Korridor spazierte, während von Rufus nichts zu sehen war. Nun erst kamen die Persönlichkeit des Rufus, die Art seiner dienstlichen Obliegenheiten und die Frage seines Gehalts in einer Sitzung der Ressortchefs zur Sprache, und allgemein war die Meinung, dass zwei Pence pro Tag völlig unzureichend seien, um den Lebensunterhalt eines Katers zu bestreiten und ihn kampffähig zu erhalten. Rufus brauchte eine Gehaltserhöhung! Ein offizielles Protokoll wurde aufgesetzt und den Lords des Schatzamtes vorgelegt. Es lautete: "Der Betrag für den Lebensunterhalt der Katze des Schatzamtes ist gegerwärtig mit zwei Pence pro Tag festgesetzt. In Anbetracht der erhöhten Unterhaltskosten wird vorgeschlagen, diese Summe zumindest um 50 % zu erhöhen. Die Herren Lords werden um Antragsstellung gebeten."

So weit, so gut. Aber im Schatzamte hat man keinen Sinn für Relativität. Eine Million Pfund oder ein Penny sind für die Lords des Schatzamtes, die Verwalter des Staatssäckels, Beträge, auf die die gleichen Grundsätze angewendet werden müssen. Das Protokoll kam zugleich mit einem anderen zurück, in dem die Lords erklärten, "Dass sie den Fall des Lebensunterhalts der Katze des Schatzamtes genau und sorgfältig erwogen hätten, jedoch angesichts aller Umstände usw. nicht in der Lage seien, eine Erhöhung zu befürworten." Die Chancen des Schatzamtskaters Bill waren also nicht sehr günstig. Aber zum Glück fand sich im Schatzamt eine unerschrockene Frau, Maud Lawrence, die Führerin der Beamtinnen im Staatsdienst. Bei einem Dinner kam sie neben den Schatzkanzler zu sitzen und sprach mit ihm über Schatzamts=Bill. Von einer Ungerechtigkeit sprach sie, ja, von einem wahren Skandal. Philipp Snowden, "Unser Philipp", wie ihn die Londoner nennen, ist bekanntermassen nicht leicht zu beeinflussen. Aber er hat Tiere gern. So erwiderte er denn, Mrs. Lawrence möge veranlassen, dass ein zweites Protokoll ausgearbeitet und ihm vorgelegt werde. Er wolle dann sehen, was sich machen lasse.

Aber da war noch eine zweite Schwierigkeit. Seitdem Frauen in England zum Staatsdienste zugelassen sind, verstummen nie die Klagen über die ungleiche Bezahlung der beiden Geschlechter, und Mrs. Lawrence's Aufgabe war es seit jeher gewesen, dafür einzutreten, dass die weiblichen Staatsbeamten die gleichen Grundgehälter, Zulagen und Vergütungen erhielten wie ihre männlichen Kollegen. Und nun war sie dabei betreten worden, dass sie sich für eine Gehaltserhöhung eines männlichen Mitglieds des Schatzamtspersonals einsetzte! Sie fragte, ob Bill eine Frau habe. Nein, er war überzeugter Junggeselle. So fügte sie dem Protokoll, das sie dem Kanzler überreichen liess, ein kleines Gedicht bei - Snowden selbst macht kleine Dialektgedichte -, in dem sie verlangte, dass, falls Rufus einen weiblichen Nachfolger bekäme, diese Katze die gleichen erhöhten Bezüge erhalten müsste.

Am Tage nach der Ueberreichung des Protokolles öffnete eine Frauenhand leise die Tür zum Allerheiligsten des Kanzlers. Schatzamts=Bill schlüpfte mit freundschaftlichen Gebärden in den Raum, und es erfolgte die offizielle Vorgesprache des Katers bei seinem höchsten Vorgesetzten, die ich eingangs geschildert habe.

(Einzig berechtigte Uebersetzung von
Leo Korten.)

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 12. November 1930.

In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst Anträge des Hauptausschusses angenommen, die eine Prüfung der Uferschutzmöglichkeiten auf Helgoland und Notstandsmassnahmen für die vom Unwetter geschädigten Gebiete Nassaus, des Kreises Wetzlar und im Regierungsbezirk Stade verlangen.

Es folgte die Beratung eines vom Hauptausschuss vorgelegten Hilfsaktionsprogramms zur Beseitigung der

Hochwasserschäden,

die in den Provinzen Ober- und Niederschlesien, Brandenburg, Grenzmark, Posen-Westpreussen und Pommern entstanden sind.

Abg. Metzenthin (DVP) erstattete den Bericht des Hauptausschusses. Das Hilfsaktionsprogramm, das in Zusammenfassung der von den einzelnen Fraktionen eingebrachten Anträge im Hauptausschuss Annahme fand, sieht Massnahmen zur Behebung der unmittelbaren Not und Vorbeugungsmassnahmen gegen künftige Ueberschwemmungskatastrophen vor. Zur Behebung der unmittelbaren Not sollen unverzüglich ausreichende Mittel zur Wiederherstellung von zerstörten oder beschädigten Hochwasserschutzbauten zur Verfügung gestellt werden, damit die Arbeiten noch vor Eintreten der Frostperiode beendet werden können. Die aus den Jahren 1926/28 stammenden staatlichen Hochwasserkredite sollen in den erneut überschwemmten Gebieten niedergeschlagen werden. Notstandsaktionen sind überall dort einzuleiten, wo allgemeine Nöte bestehen, die von örtlicher Stelle aus nicht behoben werden können. Für die Flussregulierungen in den durch das Hochwasser erneut geschädigten Gebieten sollen für 1931 und die folgenden Jahre erhöhte Staatsbeihilfen zur Verfügung gestellt werden. Schliesslich soll auf die Reichsregierung dahin eingewirkt werden, dass der Regierungsbezirk Frankfurt a.d.Oder und ganz Schlesien in die Osthilfe einbezogen werden.

Abg. von Stünzner-Karbe (Dnat.) berichtete über die Ausschussverhandlungen über die in Niederschlesien in den Forsten entstandenen Sturmschäden. Der Ausschuss beantragt die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Beseitigung der Forstschäden, vorläufige Verhinderung der Einfuhr ausländischen Holzes und Ermässigung der Eisenbahntarife für Rundholz.

Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, dass sich die preussische Regierung mit der Frage beschäftigt habe, welche Massnahmen zur Beseitigung der Schäden und zur Sicherung für die Zukunft ergriffen werden müssen. Die Regierung habe beschlossen, vorläufig einmal dem Oberpräsidenten in Breslau 60 000 und dem Oberpräsidenten in Oppeln 30 000 RM zur Verfügung zu stellen, die dazu bestimmt seien, die beschädigten Schutzvorrichtungen gegen das Hochwasser wieder herzustellen, um insbesondere den Schädigungen durch etwaige Winterhochwasser vorzubeugen. Der Regierungsvertreter betonte, er sei zu der Erklärung ermächtigt, dass das Staatsministerium auch für die Wiederbrauchbarmachung der schwer beschädigten Wohnräume Mittel zur Verfügung stellen wird. Die Bereitstellung werde erfolgen im Rahmen einer etwa erforderlichen Notstandsaktion, die für alle diejenigen in Frage komme, die in ihrem Ernährungsstande gefährdet seien. Angesichts der gespannten Finanzlage des Staates sei auch eine Beteiligung des Reiches an der Notstandsaktion zu erwägen. Wenn auch eine allgemeine Niederschlagung der Hochwasserkredite der vergangenen Jahre nicht erfolgen könne, so werde die Regierung doch auch diese Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. Die Wasserbauverwaltung sei zurzeit mit der Feststellung der Schäden beschäftigt. Auf Grund dieser Feststellungen würden die vorbeigehenden Massnahmen in Angriff genommen werden. Zu den Sturmschäden könne die Regierung noch keine abschliessenden Erklärungen abgeben, da hierüber erst im Laufe des Tages eine

Besprechung der Minister stattfindet.

Abg. Simon-Neusalz (Soz.)

eröffnet die allgemeine Aussprache. Er betont, wenn das Hochwasser von 1930 wenigstens sich nicht so stark ausgewirkt habe, wie etwa das von 1903, so liege das daran, dass die republikanische Preussen-Regierung erheblich mehr für Melorationen und Schutzmassnahmen gegen Hochwasser aufgewendet habe als das alte kaiserliche Deutschland. Er fordert beschleunigte Durchführung von Flussregulierungen und anderen Schutzmassnahmen im schlesischen Gebiet. Allein im Kreise Hainau werde der durch das Hochwasser an den Strassen angerichtete Schaden auf 120 000 Mk. geschätzt. Die etwa 90 schlesischen Kreise würden also viele Millionen allein zur Beseitigung der an den Strassen angerichteten Verwüstungen ausgeben müssen. Er bitte die Regierung, bei der Hilfsaktion auch das Peine- und Weisstritz-Gebiet nicht zu vergessen. Der Redner schildert dann im Einzelnen die Wirkung des Hochwassers und legt dem Hause Bilder aus den Unglücksgebieten vor. Dörfer und Städte ständen noch heute zum Teil unter Wasser. Unter den Geschädigten befänden sich auch viele Arbeiter und Angestellte, für die die Sozialdemokratie besonders eingetreten sei, wie denn ihre übrigen Forderungen für die Hochwasser-Geschädigten in den gemeinsamen Antrag eingearbeitet seien. Die örtliche Binnenschiffahrt sei zum Erliegen gekommen und müsse gleichfalls unterstützt werden. Zum Schluss wendet sich der Redner gegen die nationalsozialistische Hetze, die äusserste Rechte greife die Regierung auch wegen der Hereinnahme ausländischer Kredite an. Dabei habe man die Hochwasser-Schutzmassnahmen überhaupt nur mit ausländischem Gelde durchführen können, weil einfach kein Geld im Inlande vorhanden war. Wenn die Landwirtschaft noch weiter auf die Nationalsozialisten hereinfiele, dann brauche sie sich nicht zu wundern, wenn nicht genug Mittel für ihre Bedürfnisse beschafft werden könnten.

Abg. Wende-Winzig (Dnat.) bestreitet den Vorwurf, dass das kaiserliche Deutschland nicht genug zum Schutze gegen Hochwasser getan habe.

Abg. Kreker (Ztr.) lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses gleichfalls auf die ungeheuren Verluste hin, die der Landwirtschaft durch das Hochwasser entstanden seien.

Abg. Tunkel (Komm.) mass der Regierung die Hauptschuld an der Hochwasserkatastrophe bei, da sie die erforderlichen Schutzmassnahmen nicht oder nicht rechtzeitig getroffen habe.

Abg. Pischke (DVP) spricht der Reichswehr für ihren Einsatz bei der Hochwasserkatastrophe wärmsten Dank aus. Die Schäden seien heute noch nicht zu übersehen; ihr Charakter sei überall verschieden.

Abg. Dr. Ponfick (Dt. Frakt.) betont die Notwendigkeit möglichst rascher Hilfe unter möglichster Ausschaltung bürokratischer Engherzigkeit.

Abg. Schmiljan (Dem.) schildert die Wirkungen der Katastrophe vor allem auch im Kreise Löwenberg und empfiehlt den Abgeordneten, sich die photographischen Aufnahmen zu betrachten, die die Zerstörungen deutlich zeigten. Schnelle Hilfe sei unbedingt erforderlich.

Abg. Leonhardt (W.P.) fordert endlich wirksame vorbeugende Massnahmen gegen Hochwasserkatastrophen. Auch das Kleingewerbe sei durch das jüngste Oderhochwasser schwer geschädigt.

Nunmehr wird die Beratung unterbrochen, um die

Abstimmung über die Durchführungsbestimmungen zu der Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und zur Bürgerabgabe

vorzunehmen. Namentlich abgestimmt wird über den deutschnationalen Antrag, wonach die Zustimmung der Landesregierung zur Einführung einer Gemeindegetränkesteuer nicht erteilt werden darf. Der Antrag wird mit 221 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Auch der weitere Antrag der Deutschnationalen, für die Einführung der Gemeindegetränkesteuer die Zustimmung des Landwirtschaftsministers einzuholen, wird

um in namentlicher Abstimmung mit 264 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Es ist bei der Ausschussfassung, wonach in den Fällen beabsichtigter Einführung der Gemeindegetränkesteuer der Landwirtschaftsminister zu beteiligen ist. Annahme findet der Zentrumsantrag Diel, wonach die Einführung der Gemeindegetränkesteuer durch die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlussbehörde erfolgen kann, wenn das Ansteigen der Wohlfahrtslasten es erforderlich macht.

Sämtliche weiteren Anträge der Opposition werden abgelehnt. Die Steuervorlage wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung bestätigt. Die dritte Lesung soll am Donnerstag vorgenommen werden.

Darauf wird die Aussprache über die Wasserschäden fortgesetzt.

Abg. Kube (Nat. Soz.) erklärt, dass nichts anderes übrig bleibe, als die bescheidenen Anträge anzunehmen. Er bezweifelt, dass damit wirksam geholfen wird. Nur durch produktive Erwerbslosenfürsorge könne man helfen. Der sozialdemokratische Regierungspräsident Dr. Pfitzner in Frankfurt a. O. habe seine Pflicht versäumt.

Abg. Freter (Soz.): Die Republik hat gerade im Odergebiet im Gegensatz zum alten Staat alles nur menschenmögliche getan, um solchen Katastrophen vorzubeugen. So ist z. B. auch die Spreewaldregulierung seit 3 Jahren in Fluss. Das bis jetzt Geleistete reicht natürlich nicht aus. Noch immer fehlt das vorgesehene Staubecken für die Wassermassen des Spreewaldes. Angeblich sollen bergbauliche Interessen dadurch beeinträchtigt werden. Die Regierung sollte hier endlich eine Entscheidung treffen. Für den Fall der Ablehnung wäre die Provinzialverwaltung in der Lage, ein anderes Projekt zu bringen.

Wir halten die Einbeziehung des schwer geschädigten Regierungsbezirks Frankfurt a. O. ebenso wie die betroffenen niederschlesischen Gebiete in das Osthilfsprogramm für geboten. Energisch wenden wir uns aber gegen überspannte deutschnationale Forderungen, die man aus Agitationsbedürfnis stellt ohne Rücksicht darauf, dass man dem Staat die Mittel verweigert. Ebenso halten wir die Heranziehung der beteiligten Kreise und Provinzen in die Notstandsaktion für erforderlich. (Beifall b. d. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Bayer-Waldenburg (DVP), Fischer (Dnat) und Riedel (Dem.) wird die Aussprache geschlossen.

In der Abstimmung wird das Ausschussprogramm unter Ablehnung der Aenderungsanträge mit grosser Mehrheit angenommen.

Hierauf vertagt sich das Heus auf Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung dritte Lesung der Gemeinde-Bier-, Getränke- und Bürgersteuer, Anträge über pädagogisch Akademien, Landwirtschaftsfragen.



um in namentlicher Abstimmung mit 264 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Es ist bei der Ausschussfassung, wonach in den Fällen beabsichtigter Einführung der Gemeindegetränkesteuer der Landwirtschaftsminister zu beteiligen ist. Annahme findet der Zentrumsantrag Diel, wonach die Einführung der Gemeindegetränkesteuer durch die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlussbehörde erfolgen kann, wenn das Ansteigen der Wohlfahrtslasten es erforderlich macht.

Sämtliche weiteren Anträge der Opposition werden abgelehnt. Die Steuervorlage wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung bestätigt. Die dritte Lesung soll am Donnerstag vorgenommen werden.

Darauf wird die Aussprache über die Wasserschäden fortgesetzt.

Abg. Kube (Nat. Soz.) erklärt, dass nichts anderes übrig bleibe, als die bescheidenen Anträge anzunehmen. Er bezweifelt, dass damit wirksam geholfen wird. Nur durch produktive Erwerbslosenfürsorge könne man helfen. Der sozialdemokratische Regierungspräsident Dr. Pfitzner in Frankfurt a. O. habe seine Pflicht versäumt.

Abg. Freter (Soz.): Die Republik hat gerade im Odergebiet im Gegensatz zum alten Staat alles nur menschenmögliche getan, um solchen Katastrophen vorzubeugen. So ist z. B. auch die Spreewaldregulierung seit 3 Jahren in Fluss. Das bis jetzt Geleistete reicht natürlich nicht aus. Noch immer fehlt das vorgesehene Staubecken für die Wassermassen des Spreewaldes. Angeblich sollen bergbauliche Interessen dadurch beeinträchtigt werden. Die Regierung sollte hier endlich eine Entscheidung treffen. Für den Fall der Ablehnung wäre die Provinzialverwaltung in der Lage, ein anderes Projekt zu bringen.

Wir halten die Einbeziehung des schwer geschädigten Regierungsbezirks Frankfurt a. O. ebenso wie die betroffenen niederschlesischen Gebiete in das Osthilfsprogramm für geboten. Energisch wenden wir uns aber gegen überspannte deutschnationale Forderungen, die man aus Agitationsbedürfnis stellt ohne Rücksicht darauf, dass man dem Staat die Mittel verweigert. Ebenso halten wir die Heranziehung der beteiligten Kreise und Provinzen in die Notstandsaktion für erforderlich. (Beifall b. d. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Bayer-Waldenburg (DVP), Fischer (Dnat) und Riedel (Dem.) wird die Aussprache geschlossen.

In der Abstimmung wird das Ausschussprogramm unter Ablehnung der Aenderung anträge mit grosser Mehrheit angenommen.

Hierauf vertagt sich das Heus auf Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung dritte Lesung der Gemeinde-, Bier-, Getränke- und Bürgersteuer, Anträge über pädagogisch Akademien, Landwirtschaftsfragen.

